

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petizone oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 96.

Sonntagabend, den 25. April 1914.

21. Jahrg.

Genossen und Genossinnen!

Zum fünfundzwanzigsten Male rüstet das klassenbewusste Proletariat zur Feier des 1. Mai.

Das arbeitende Volk muß gerade in diesem Jahre die Maifeier zu wichtigen Kundgebungen gestalten, denn die Reaktion wütelte schlimmer als seit langer Zeit.

Mit Hohn sind in den letzten Jahren die Forderungen nach mehr Schutz und Hilfe für die Arbeiter, ihre Witwen und Waisen zurückgewiesen worden.

Wo immer die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit gestellt worden ist, stets erfolgte schroffe Ablehnung.

Die wirtschaftliche Krise hat Zehntausende zur Arbeitslosigkeit verurteilt und dadurch zahllose Familien der ärgsten Not ausgeliefert. Die geforderte Arbeitslosenfürsorge wurde von der Reichsregierung und der bürgerlichen Reichstagsmehrheit unter nichtigen Vorwänden abgelehnt.

Die Gewerkschaften, die Helfer und Schützer der Arbeiter, werden in der gehässigsten Weise verfolgt. Die Unterstellung der Gewerkschaften unter das Vereinsgesetz und die Verfolgung der Arbeiterjugend sind ebenso deutliche Zeichen des Wirkens der Reaktion, wie die gewalttätige „Erhebung“ der Krankenkassenangestellten in den „Beamtenstand“ und die in den Parlamenten aufgestellte Forderung der Zertrümmerung des Koalitionsrechts.

Schwere Bestrafungen ehrlicher Arbeiter, die Streikbrecher beleidigt haben sollen, sind an der Tagesordnung. Die Freisprechung von Streikbrechern, die organisierte Arbeiter erschossen oder erstochen haben, ruft immer von neuem Empörung hervor.

Die Militärdiktatur wird immer dreister. Das Geschrei nach weiteren Rüstungen immer unerträglich. Bis an die Zähne bewaffnet stehen die europäischen Großmächte in zwei Dreibünden sich gegenüber, und in der gewissenlosesten Weise wird die Verheerung der Völker durch die kapitalistischen Kriegerinteressenten und ihre Söldlinge betrieben.

Arbeiter, heraus zum Protest!

Wichtig und eindrucksvoll müssen am 1. Mai die Arbeiter demonstrieren für durchgreifenden Arbeiterschutz, für Erweiterung des Koalitionsrechts, für Demokratisierung des Heeres, für gleiches Wahlrecht, für den Völkerfrieden!

Millionenstimmig muß es den Herrschenden am 1. Mai erneut in die Ohren gellen:

**Her mit dem Achtstundentag!
Es lebe der Völkerfrieden!**

Berlin, den 23. April 1914.

Der Parteivorstand.

Zu den bevorstehenden Reichstagsverhandlungen.

Der Reichstag tritt am Dienstag wieder zusammen, um bis Pfingsten die dringendsten Arbeiten zu erledigen. In erster Linie hat er selbstverständlich den Haushaltsplan für das Reich fertigzumachen. Was wird er aber weiter leisten?

Mehrere Gesetzentwürfe sind zwar so weit, daß der Reichstag sie in kurzer Zeit verabschieden — könnte. Darunter sind einige, die größere Bedeutung haben, z. B. der Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren gegen Jugendliche und die Vorlage zur Aenderung der Bestimmungen über das Wettbewerbsverbot. Jedoch erheben die Regierungen Einspruch gegen die Aenderungen, die die Reichstagskommissionen an den Entwürfen vorgenommen haben; die Regierungsvertreter haben erklärt, daß sie die Gesetzentwürfe in ihrer jetzigen Fassung nicht annehmen, und da jedes Gesetz nach der Verfassung der Zustimmung sowohl des Reichstages als auch des Bundesrats, also der Regierungen, bedarf, so ist zu befürchten, daß die vorbereiteten Gesetze an dem Widerstande der Regierungen scheitern werden.

Freilich könnte der Reichstag sehr schnell mit dem Widerstande der Regierungen fertig werden, wenn die Mehrheit das ernsthaft wollte. Noch stets hat im Reichstage eine Mehrheit, die ein den Bedürfnissen der Zeit entsprechendes Ziel vor Augen hatte und entschlossen war, es auch zu erreichen, ihre Rüstung schließlich durchgesetzt. Bei den dem Reichstage jetzt vorliegenden Gesetzentwürfen handelt es sich um allgemein als notwendig anerkannte Fortschritte, gegen die sich die Regierungen nicht lange sträuben könnten, wenn sie wüßten, daß hinter den Beschlüssen der Reichstagskommissionen wirklich der Wille der Reichstagsmehrheit steht. In diesem Falle würden jedoch die Regierungen von Anfang an mehr Rücksicht auf die Forderungen des Reichstages nehmen und sich hüten, so schnell wie in den gegenwärtigen Fällen ihr Unannehmbar zu erklären.

In Wahrheit werden die Regierungen zu ihrem Reiz gegen die Beschlüsse der Reichstagskommissionen gerade dadurch veranlaßt, daß die bürgerlichen Parteien

meistens nur, dem Drucke des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts sowie der sozialdemokratischen Aufklärungsarbeit unter den Wählern, nicht aber dem eigenen Triebe folgend, über die Vorschläge der Regierungen hier und da hinausgegangen sind und im geheimen wünschen, daß ihnen die Regierungen durch den Widerspruch gegen die Verbesserungen der Entwürfe den Vorwand zum Umfall geben, oder daß wenigstens die Verabschiedung der Gesetze auf die lange Bank geschoben werde. Daher ist nicht zu erwarten, daß der Reichstag — abgesehen von den Sozialdemokraten — bereit wäre, mit dem nötigen Nachdruck Gebrauch von den ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen die ablehnende Haltung der Regierungen zu machen.

Dies kann aber und wird für unsere Vertreter im Reichstage kein Grund sein, auch nur in einem einzigen Punkte das zu unterlassen, was wir mit Rücksicht auf die große Masse des arbeitenden Volkes für notwendig halten. Mit Recht sind die weitesten Kreise darüber erbittert, daß der jetzige Reichstag auch das dritte Jahr seiner Tätigkeit zu Ende gehen läßt, ohne die Forderungen zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erfüllt zu haben. Diese Erbitterung muß im Reichstage zum Ausdruck kommen. Unsere Vertreter können und werden der Reichstagsmehrheit ihre unverantwortlichen Unterlassungssünden vorhalten, da die Sozialdemokraten es niemals an den erforderlichen Anregungen haben fehlen lassen. Sie haben verlangt — um nur an einige der bekanntesten Einzelheiten zu erinnern: die Reichs-Arbeitslosenversicherung, die Sicherung des Vereinigungsrechts für die um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeiter, Beseitigung der brüderlichen Verbrauchssteuern, Maßnahmen gegen die Uebergriffe der Offizierswirtschaft.

Allerdings haben auch die früheren Reichstage auf allen diesen Gebieten versagt trotz der damals schon vorliegenden sozialdemokratischen Anträge. Jedoch wird die rücksichtslose Ausbeutungswirtschaft umso unerträglicher, je länger sie dauert. Daher muß auch unser Kampf gegen die Zustände umso entschiedener werden, und unsere Vertreter im Reichstage müssen ihre Stimme erst recht dagegen erheben. Sie müssen darlegen, wie notwendig die von uns geforderten Gesetze sind, und wie

sehr sich die bürgerlichen Parteien an dem arbeitenden Volke und der Gesamtheit dadurch versündigt, daß sie nicht auf unsere Anträge eingehen.

Diese Abrechnung ist umso notwendiger, da in der letzten Zeit unsere Gegner in ihren Versammlungen und in ihrer Presse ausgerechnet die große Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten dafür verantwortlich zu machen suchen, daß der jetzige Reichstag so wenig für das arbeitende Volk leistet. Mit einer solchen Verdrehung der Tatsachen werden unsere Gegner umso weniger Glück haben, je deutlicher im Reichstage selbst der wahre Zusammenhang der Dinge sich zeigt, je nachdrücklicher hier unsere Genossen jetzt, am Schlusse der Verhandlungen, noch einmal auf unsere Anregungen und auf das Verhalten der bürgerlichen Parteien und der Regierungen hinweisen.

Freilich werden dann unsere Gegner sich erst recht darüber beschweren, daß die Sozialdemokraten im Reichstage die Erledigung der Geschäfte durch Reden aufhalten, die nach außen, auf die Wähler, wirken sollen. Aber jede Partei im Reichstage nimmt das Recht in Anspruch, dort bei passender Gelegenheit das zu sagen, was ihr selbst als notwendig erscheint. Und jene Ausführungen unserer Vertreter sind vom Standpunkte unserer Partei notwendig.

Sie sind aber auch vereinbar mit einer möglichst schnellen Erledigung der Reichstagsgeschäfte. Denn solche Auseinandersetzungen pflegen kurz zu sein, da die bürgerlichen Parteien daran keine Freude haben und sich deshalb möglichst wenig daran beteiligen.

Die „sittliche Entrüstung“ unserer Gegner über die Reden, die wir nach außen halten, darf uns ebenso wenig irremachen. Alle Parteien müssen im Reichstage Reden nach außen halten und halten sie auch. Die Sozialdemokratie vollends, die in der Gesetzgebung nur zu oft in der Minderheit ist, muß sich, wenn sie die Mehrheit zu möglichst großem Entgegenkommen bewegen will, auf die große Masse des arbeitenden Volkes stützen, muß sich mit ihren Reden immer wieder an sie wenden, muß sie über das volksfeindliche Verhalten unserer Gegner aufklären und zum Anschluß an die Sozialdemokratie, zum Kampfe gegen die arbeitende feindliche Wirtschaft aufrütteln.

Dazu gehört aber auch eine planmäßige unermüdliche Mitarbeit der Parteigenossen im Lande. Was helfen die schönsten Reden unserer Genossen im Reichstage, wenn sie nicht zu denen dringen, für die sie bestimmt sind, zu den vielen, vielen Arbeitern, Kleinbauern, kleinen Geschäftsleuten, unteren Beamten die uns noch gleichgültig oder gar feindlich gegenüberstehen, und die deshalb durch die Reden unserer Genossen aufgeklärt werden müssen? Hier ist es die Pflicht eines jeden einzelnen Genossen und jeder einzelnen Genossin, mit allen ihren Kräften einzugreifen.

Sie müssen zunächst sich selbst gründlich über die Vorgänge im Reichstage unterrichten, wobei sie sich auf die Berichte und Besprechungen unserer Presse stützen können. Dann müssen sie bei jeder Gelegenheit, auf dem Wege zu und von der Arbeit, überhaupt in ihren Gesprächen mit Verwandten und Bekannten, hinweisen auf die Auseinandersetzungen im Reichstage und deren Bedeutung. Wenn dies unsere Genossen regelmäßig tun, so werden die jetzt kommenden Verhandlungen im Reichstage doch nicht nutzlos für das arbeitende Volk sein. Bringen sie auch nicht sofort einen greifbaren Erfolg — sie ebnen uns die Bahn, unsere Bewegung mehr zu stärken, damit ihren Druck auf die Gesetzgebung und die öffentliche Verwaltung zu vergrößern und unsern Gegnern weitere Zugeständnisse abzugewinnen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Polenfrage im preussischen Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus unterbrach am Freitag die Debatte über die Sekundärbahnvorlage, um den Etat weiter zu beraten. Bei dem Etat des Finanzministeriums entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Polenfrage. Von verschiedenen Seiten, insbesondere von den Polen, wurden die in diesem Etat enthaltenen Nitmarkenzulagen bekämpft, auf ihre forumpierende Wirkung aufmerksam gemacht und nachgewiesen, daß sie wirtschaftlich nicht begründet sind. Interessant war eine Auseinandersetzung zwischen dem Abg. v. Kardorff und dem Finanzminister. Herr v. Kardorff geht die Regierung noch nicht hart genug in ihrem Kampfe gegen die Polen vor. Gegen diesen durch nichts begründeten Vorwurf verteidigte sich der Minister mit erregten Worten. — Auch Genosse Hue legte Protest ein gegen die von Herrn v. Kardorff betriebenen Scharfmachereien, gleichzeitig bekämpfte er mit Nachdruck einen von Vertretern aller größeren Parteien mit Ausnahme des Zentrums eingebrachten Antrag, der die Gewährung von Staatskredit an die Polener Kreditanstalt für jüdische Hausbesitzer verlangt. Der Hinweis von Hue, daß auch die Fortschrittler den Antrag unterzeichnet hätten und sich dadurch zu Anhängern der Polenpolitik bekennen, gab dem Fortschrittler Wronsohn Veranlassung, einen schwachen Rechtfertigungsversuch namens seiner Freunde zu unternehmen. Er wollte es so darstellen, als ob der Antrag gar kein Kampfmittel gegen die Polen sei. Dieser Versuch mißlang jedoch, da Genosse Braun sofort der Rede die Schelle umhängte.

Nach Erledigung dieses Etats und des Etats der Staatsschuldenverwaltung beriet das Haus noch den Etat des Abgeordnetenhauses, wozu ein Antrag auf Gewährung von Freikarten für die Dauer der Legislaturperiode und für das gesamte Preußen vorlag. Obwohl der neue Unterstaatssekretär namens des Ministers die Erklärung abgab, daß die Regierung dem Antrage nicht zustimmen werde, da sie die Freikarten nur in Verbindung mit einer anderweitigen Regelung der Diäten gewähren könne, wurde der Antrag mit überwältigender Mehrheit angenommen, nur vereinzelte Konservative stimmten dagegen.

Ein Programm der Reichspartei.

Die Reichspartei bezeichnete es bisher als einen Vorzug, daß sie kein Parteiprogramm besitze, weil dadurch jedem Mitglied völlig freie Hand gelassen werde. In der neuesten Zeit schafft sich aber die Reichspartei feste Organisationen und damit wird es zu einer unabweisbaren Notwendigkeit, feste Parteigrundsätze zu formulieren. Der hauptsächliche Flügel der Reichspartei ist der Gesamtpartei bereits etwas vorausgeeilt, denn er hat sich ein Gemeinwohlprogramm geschaffen. Es ist natürlich keine Frage, daß dieses Programm an Rückständigkeit nicht mehr übertroffen werden kann. Uns interessiert zunächst einmal nur die Stellung der Reichspartei zu den Arbeiterfragen und nach dieser Richtung hin sagt das Programm:

1. Schutz der Koalitionsfreiheit, aber Verhinderung des Koalitionszwanges.

2. Raues und energisches Eingreifen bei Streikausbreitungen und anderen, aus dem Mißbrauch des Koalitionsrechtes hervorgehenden, die öffentliche Ordnung störenden Vorgängen.

3. Strengste Neutralität in Gewerkschaftsfragen. Insbesondere Unterlassung jeder Beeinflussung von Arbeitgebern in der Richtung der Beschäftigung nur gewerkschaftlicher Arbeiter bei gemeinsamen Aufträgen.

4. Zu Schöffen, Ratsherrn, Geschworenen und anderen Ehrenämtern sind in verstärktem Maße auch die Arbeiter, insbesondere die national Organisierten, heranzuziehen.

Wie der Schutz der Koalitionsfreiheit aussieht, so wie die Reichspartei ihn meinen, das ist genugsam bekannt. Das Programm atmet unverfälschten Scharfmachergeist, es ist direkt auf die Bedürfnisse der Selben zugeschnitten.

Reichstagsersatzwahl.

Vorläufiges Ergebnis der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Königsberg 6. An Stelle des verstorbenen Abgeordneten Dr. Preuß wurde Freiherr von Rechenberg-Berlin-Schöneberg (Ztr.) mit großer Majorität gewählt.

Schweden.

Das Ergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer ist für den Kandidaten trotz deren erfolgreicher Kampfsweise so günstig, wie sie hoffen. In der Ersten Kammer

sahen Kammer sitzen 87 Konservative, 51 Liberale und 12 Sozialdemokraten. Beide Kammern zusammengefaßt weisen jetzt 173 Konservative, 122 Liberale und 85 Sozialdemokraten auf. Bei großen entscheidenden Fragen stimmen beide Häuser gemeinsam ab; die Koalitionsaktion ist also durchaus noch nicht unter Dach, denn es stehen bei dieser gemeinsamen Abstimmung 205 Liberale und Sozialdemokraten den 173 Konservativen gegenüber. Allerdings bläst das liberale „Berl. Tagbl.“ zum Sammeln der Liberalen und Konservativen. Dieser Versuch, sich bei der Reaktion wieder anzubieten, ist bezeichnend für unseren „radikalen“ Liberalismus!

Der Krieg um Mexiko.

Die Aussichten, daß der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko ohne größere Opfer an Gut und Blut beigelegt werden kann, werden immer geringer. Alles deutet darauf hin, daß die Lage kritisch zu werden beginnt. So wird bereits berichtet, daß mexikanische Truppen einen Angriff auf den Ort Laredo in Texas unternommen haben. Ueber den Ausgang liegen keine Meldungen vor, doch zeigt der Angriff selbst schon, daß der Beginn größerer kriegerischer Ereignisse zu erwarten steht.

Kontreadmiral Batcher meldete am Donnerstagabend nach Washington, daß bei der Besetzung von Veracruz noch weitere drei Soldaten getötet und 25 verwundet worden seien. Jetzt seien 5400 Mann an Land. Abends um 9 Uhr war das Feuer auf der ganzen Linie eingestellt worden. Die Amerikaner durchsuchten Haus für Haus und entwaffneten die Eingeborenen.

Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus New York hat das Kriegsamt dem Präsidenten vorgeschlagen, sofort vierhunderttausend Freiwillige zu mobilisieren, nicht allein zur Verwendung in Mexiko, sondern auch, wie „Evening Sun“ wissen will, um Japan die Opferfreudigkeit und Entschlossenheit der Union zu beweisen. Vermutlich fürchten die Yankees, daß Japan mit Mexiko gemeinsame Sache machen könne. Die Bundesregierung hatte gehofft, daß die Besetzung der mexikanischen Hafenstädte sich ohne Kampf vollziehen werde. Nach den Vorgängen von Veracruz ist somit eine Aktion gegen Tampico vorläufig nicht zu erwarten, da befürchtet wird, daß auch die dortige dreitausend Mann starke Garnison nachdrücklichen Widerstand leisten würde.

Das Vorgehen der Amerikaner zieht aber notwendig weitere Feindseligkeiten nach sich, wovon folgende Depeschen Kunde geben:

Washington, 24. April. Eine Abteilung mexikanischer Regierungstruppen zerstörte in dem mexikanischen Grenzort Piedras Negras die Maschinen in den Eisenbahnwerkstätten und den Bahndamm und entfernte die Instrumente aus dem Telegraphenamte. Eine amerikanische Grenzpatrouille verhinderte die Mexikaner, die Brücke über den Rio Grande auf der mexikanischen Seite zu sprengen.

El Paso, 24. April. Eine Schwadron Kavallerie, ein Bataillon Infanterie und eine Batterie sind zur Bewachung der Brücke über den Grenzfluß Rio Grande del Norte hier eingetroffen.

San Diego, 24. April. Der amerikanische Konsul in Ensenada hat telegraphisch gemeldet, daß mexikanische Bundestruppen und der Räuber die Amerikaner angegriffen hatten. Es ist dorthin das amerikanische Küstenpanzerschiff „Cheyenne“ von San Diego entsandt worden.

Washington, 24. April. Nach einer Meldung des Konsuls Carothers macht sich in der Umgehung von Chihuahua, wo sich viele Amerikaner wegen ihrer bedeutenden Geschäftsinteressen zum Bleiben entschlossen haben, eine wachsende Gärung bemerkbar und eine gegen die Amerikaner gerichtete Stimmung.

Veracruz, 24. April. Als ein hier eingetroffener Zug mit Flüchtlingen Mexiko verließ, schleppte die Volksmenge die Fahne der Vereinigten Staaten durch die Straßen und bedrohte die Nordamerikaner.

Washington, 24. April. Konteradmiral Fletcher meldet, daß in Veracruz ein Eisenbahnzug mit 75 Deutschen, 50 Engländern und 150 Amerikanern sowie 300 mexikanischen Flüchtlingen aus Mexiko City eingetroffen ist. Die Flüchtlinge berichten, daß die Zustände in der Hauptstadt für die Ausländer nicht allzu beunruhigend seien.

Ueber die Stellung, die die Gegner und Konkurrenten Huertas zur Einmischung der Vereinigten Staaten einnehmen, herrscht noch Unklarheit. Die Nachricht, daß sie sich mit Huerta gegen die Amerikaner vereinigen würden, scheint sich nicht zu bestätigen. Aber als Helfer wollen sie von den Yankees auch nichts wissen. Ein Telegramm aus El Paso, 24. April, meldet: General Villa hat dem Vertreter des amerikanischen Staatsdepartements Carothers davon in Kenntnis gesetzt, daß er es zurückweise, in einen Krieg mit den Vereinigten Staaten hineingezogen zu werden. Er wünsche, den Amerikanern zu zeigen, daß seine Haltung freundlich sei. — Der Agent Carranzas, Resqueira, hat erklärt, die Note Carranzas an den Präsidenten Wilson sei nicht feindlich. Sie sei als Grundlage für weitere Verständigung gedacht. Carranza erwartet die Antwort des Staatsdepartements. Der Standpunkt der Rebellen sei, daß die amerikanischen Truppen zurückgezogen werden sollen und Carranza de facto als Präsident oder wenigstens als kriegsführende Partei anerkannt würde. Nach seiner Anerkennung würde Carranza nicht zögern, sich wegen der Haltung eines Mannes zu entschuldigen, den er als Verräter betrachte. Staatssekretär Bryan gab bekannt, daß die Konsuln Frankreichs und Brasiliens in Mexiko die amerikanischen Interessen vertreten.

Präsident Wilson erklärte dem Mitglied des Kongresses Figgel gegenüber, der ihn aufsuchte, um zu erfahren, ob Fonds für den Krieg benötigt würden und ihre Bewilligung nachgesucht werden würde, augenblicklich würden von der amerikanischen Regierung keine Akte aggressiven Charakters vorgenommen, die die Lage verschärfen könnten.

Der Senat hat die Freiwilligenvorlage angenommen, welche die Regierung ermächtigt, die Miliz einzuberufen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonntag, 25. April.

Arbeitsruhe am 1. Mai. Die bei den Holzspezialtreuern beschäftigten Arbeiter (Sektion des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes) haben in ihrer Versammlung einstimmig am 1. Mai die Arbeitsruhe beschlossen.

Achtung! Alle Genossinnen, welche bei der Agitation zu der am 3. Mai stattfindenden öffentlichen Versammlung der Hausangeestellten mithelfen wollen, werden gebeten, sich am Montagabend 8 1/2 Uhr zur Entgegennahme des Materials im Gewerkschaftshause einzufinden zu wollen.

Die Schaffung eines Verwaltungsgerichtshofes in Lübeck bezweckt ein Senatsantrag, der am Mittwoch im Bürgerausschuß zur Beratung stand und von ihm an eine fünfgliedrige Kommission verwiesen wurde, in die Dr. Meyer-Luerßen, Dr. Götz, Dr. Jhde, Dr. Röhler und Dr. Schlomer delegiert wurden. Bereits im Jahre 1902 hatte der Senat einen Gesetzesentwurf betr. die Verwaltungsrechtspflege eingebracht, der vom Bürgerausschuß an eine Kommission verwiesen wurde. In ihrem 1903 erstatteten Bericht erklärte sich die Kommission damit einverstanden, das Beschwerdeverfahren in streitigen Verwaltungssachen in der Richtung zu verbessern, daß in mündlichen und öffentlichen Verfahren der Beschwerdeführer in Kenntnis der Gegenstände der Behörde seine Auffassung von der Sach- und Rechtslage in vollem Umfang zur Geltung bringen könne. Die Kommission hielt es aber nicht für zweckmäßig, daß eine dreigliedrige Senatskommission an Stelle des Senats über die Beschwerde in streitigen Verwaltungssachen entscheide, empfahl vielmehr, diese Kommission durch Hinzufügung von zwei aus den Land- und Amtsrichtern zu wählenden Mitgliedern zu einer „Behörde für Verwaltungstreitigkeiten“ zu erweitern. Die Angelegenheit kam dann an die Bürgererschaft, die ebenfalls eine Kommission einsetzte, die in ihrem 1908 erschienenen Bericht der Bürgererschaft empfahl: 1. die Senatsvorlage abzulehnen, 2. den Senat zu ersuchen, ihr eine neue Vorlage über Einrichtung der Verwaltungsrechtspflege in Lübeck entgegenzubringen, in der folgende Grundzüge durchgeföhrt werden: a) Der Verwaltungsgerichtshof besteht aus zwei Senatoren und drei Richtern. Die Richter werden vom Senat auf die Dauer von sechs Jahren zu Mitgliedern des Verwaltungsgerichtshofes ernannt. Durch Uebergangsbestimmungen sollte Vorsorge getroffen werden, daß nicht alle drei Richter auf einmal ausscheiden. b) In den Verwaltungsgerichtshof gelangen unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges grundsätzlich alle Verwaltungstreitigkeiten. Das Gesetz enthält außer diesem Grundgesetz eine beizspielsweise Aufzählung derjenigen Sachen, die zur Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofes gehören sollen. c) Das Gesetz enthält Vorschriften über die Begründung von Abhilfe-gesuchen und über die Begründung der darauf seitens der Behörde erlassenen Entscheidungen. — Die Bürgererschaft stimmte 1909 diesen Vorschlägen zu, gab aber dem Grundgesetz unter folgende weitergehende Fassung: „Es ist eine erste Instanz für Verwaltungstreitigkeiten mit kontradiktorischem Verfahren zu bilden.“ Der Senat hat nun den abweichenden Standpunkt der Bürgererschaft einer erneuten Prüfung unterzogen und sich dabei von dem Wunsch leiten lassen, durch tüchtigste Entgegenkommen die Angelegenheit zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen. Bezüglich der Zusammenziehung des Verwaltungsgerichtshofes hat sich der Senat, wie er jetzt dem Bürgerausschuß mitteilt, entschlossen, dem Wunsch der Bürgererschaft Folge zu geben. Nur hält er es für zweckmäßig, daß an Stelle eines Senatsmitgliedes auch ein höherer Verwaltungsbeamter mit der Befähigung zum Richter dem Gerichtshof zugeordnet werde. Was die Zuständigkeit anbetrifft, so vermag der Senat der Bürgererschaft nicht zuzustimmen, daß der ordentliche Rechtsweg künftig im Rahmen der Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofes ausgeschlossen sein soll. Dem Vorteil größerer Einheitlichkeit in der Rechtsprechung steht der erhebliche Nachteil gegenüber, der in dem Wegfall der Rechtsmittel (Berufung, Revision) und der mit ihnen verbundenen erhöhten Rechtsgarantien liegt. Da es sich in verschiedenen Fällen um Ansprüche vermögensrechtlicher Art handelt, werde neben der Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofes der ordentliche Rechtsweg auch künftig in dem bisherigen Umfang beizubehalten sein. Aus diesem Grund lehnt der Senat es auch ab, eine erste Instanz für Verwaltungstreitigkeiten mit kontradiktorischem Verfahren zu bilden. Der Zweck, für den Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges einen Ausgleich zu schaffen, werde mit einer ersten Instanz nicht erreicht, wohl aber das Verfahren verlangsamt. In dem neuen Gesetzesentwurf haben die Wünsche der Bürgererschaft und die erneuten Vorschläge des Senats Berücksichtigung gefunden.

Bevölkerungsbewegung im Lübeckischen Staate während des Monats März 1914. Die Zahl der Eheschließungen betrug 45 (1913: 73), die der Lebendgeburten 239 (244) und die der Sterbefälle 127 (166). Der Geburtenüberschuß betief sich demnach auf 112 (78). Uneheliche Geburten kamen 27 (46) mal vor. Totgeburten wurden 8 (8) mal registriert.

b. Zweite Strafkammer vom 24. April. Was die Einnahmebildung nicht alles tut. Die Frage, ob eine als „junges Mädchen“ eingestellte Person als Dienstbote zu gelten hat, beschäftigte heute die Strafkammer. Im praktischen Leben wird niemand im Zweifel darüber sein, daß diejenige, die sich gegen knapps Jahrgelalt unter ausdrücklicher Einwilligung verdingt, alle im Hause vorkommenden Arbeiten zu verrichten, nicht als Gesellschaftsdame gilt. Es gibt im Lande der Titel und Orden Leute beiderlei Geschlechts und beiderlei „Stände“, die statt ausreichender Bezahlung leere Titel anbieten und annehmen. Während bei einem solchen Arbeitsvertrag sich gewöhnlich der am besten stellt, der dem Angeworbenen die Ehrengabe als Lohn anrechnet, hungert sich der andere auf hohen Wägen mit untergelegtem Eigendünkel durch. Es könnte nichts schaden, wenn sich verstellte Ansichten etwas amerikanisiert würden. Wenn die rauhe Wirklichkeit nicht eintrübtet, daß der für Lohn arbeitende auch Lohnarbeiter ist, dem beweist juristischer Scharfsinn seine Verwesenheit nach Höherem, sobald ein Bruch des Harmonieverhältnisses eintritt. Wie Figura beweisen soll: Bei einem Cutiner Oberlehrer trat das Fräulein B. als junges Mädchen gegen 150 Mk. Jahreslohn in Dienst. Es verpflichtete sich nicht nur alle Arbeiten auszuführen, sondern übernahm auch noch — die Frau Oberlehrer kann gut rechnen — für 5 Taler mehr Lohn die gesamte Wäsche. Das Mädchen durfte am Tische mitessen, doch mußte es diesen Vorzug entbehren, wenn Besuch im Hause war. Bei genauem Zusehen war auch diese Herrlichkeit keine besondere Achtung vor dem dienenden Stande, sondern sie gründete sich einfach darauf, daß ein kleiner Sprößling vorhanden war, auf den Obacht gegeben werden mußte. Jedenfalls wurde diese Geschichte nur von dem Mädchen mißverstanden. Alles Schöne hat einmal ein End; das Fräulein kündigte mit dreimonatigem Ziel, wollte aber wegen beabsichtigter Heirat vorher gehen. Als ihm dies abgelehnt wurde, packte es seine sieben Sachen zusammen und verließ die Stellung, während

die Herrschaft einen Absteiger nach Travemünde machte. Diese stellte Strafantrag wegen unberechtigter Verlassen des Dienstes und das Mädchen wurde zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt. Es legte Berufung ein mit der Begründung, daß ihm erstens der Lohn verweigert wurde, vor allem aber, weil sein Arbeitsverhältnis nicht unter die Befehlsordnung falle. Durch ihren Anwalt ließ die Einspruchserhebende erklären, gegen einen gewöhnlichen Dienstvertrag spreche das Mitleiden am Tische, ferner habe sie mit der Dame eine Bootpartie gemacht, sei mit ihr zweimal „eingehakt“ gelaufen, habe die Züschierung erhalten, mit der Dame einen Ball besuchen zu dürfen und nicht zuletzt habe ihr die Frau Oberlehrerin gesagt, sie soll nicht mit dem gewöhnlichen Mädchen „unten“ verkehren. Dies sind allerdings weltbewegende Ausnahmen, die gewisse Unerschrockene im Glauben bestärken können, keine Dienstmädchen zu sein. An der Tatsache ändert solcher Mumpst kein Deut. Die Frau Oberlehrer betonte denn auch, von einer bevorzugten Stellung im Hause oder einer sogenannten Gesellschaftsdame könne keine Rede sein, sie habe das Mädchen nur als Diensthote angesehen. Den Lohn habe das Mädchen stehen lassen wollen; allerdings habe sie es einmal, als es Fahrgeßel haben wollte, nach dem unteren Mädchen verwiesen, weil sie nur Geld im Hause hatte. Von den anderen Dienstmädchen habe sich das ihre durch bessere Kleidung ausgezeichnet. Was das Einhalten betrifft, so war die Frau Oberlehrer damals etwas leidend. Das Gericht verwarf die Berufung. Es komme nicht darauf an, wie das Mädchen sich benannt habe, sondern auf die persönliche Unterordnung unter die Herrschaft, der sich die Angeklagte zur Leistung aller häuslichen Dienste verpflichtet habe. Sie habe wohl eine „etwas gehobene“ Stellung innegehabt, aber gewußt, daß sie im Dienstverhältnis stand. Ihr Dienstbuch beweise dies auch, das sie unter die Befehlsordnung stelle und das allein entscheidend sei. Ob sie den Lohn nicht erhalten konnte, war nicht nachzuweisen, also hatte sie auch kein Recht zum Verlassen des Dienstes. — Nun wird das Mädchen wohl wissen, in welcher Klasse es rangiert. — Für Verlobte! Die bekannten „preiswerten“ Gelegenheitsangebote von ganzen Hausständen fallen dann unter den unlauteren Wettbewerbparagrafen, wenn bei ihnen die nähere Beziehung fehlt, aus denen der gewerbsmäßige Verkauf ersichtlich ist. Die dritte Strafkammer hat noch in jedem Fall auf Strafe erkannt, eine Ausnahme machte die zweite Kammer. Eine Frau H., Fadenburger Allee 2a, war deswegen angeklagt, aber freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte 100 Mk. Geldstrafe und Urteilspublication beantragt, weil es darauf ankomme, ob die Täuschung der Inserate das Publikum in den Glauben versetze, es handle sich um wirkliche Gelegenheitskäufe. Dadurch würden viele veranlaßt, hinzugehen, und wenn sie erst bei dem Händler seien, gefangen. Die Angeklagte berief sich auf ihre stadtbekanntes Adresse und darauf, daß ihr Mann die Arbeiten selbst verfertige. Nach der jedesmaligen Fertigstellung werde inseriert. Das Gericht sprach die Möbelhändlerin deswegen frei, weil die Rubrizierung der kleinen Anzeige in dem betreffenden Blatte gleich unter den üblichen Verkäufen und Geschäftsanzeigen getaucht habe, wodurch etwas besonders Verdächtigendes nicht hergeleitet werden könne. Es mahnte jedoch die Frau zu besserer Vorsicht. Danach liegt es also an den Zeitungen, dem Zweifelshaften vorzubeugen.

b. Dritte Strafkammer am 25. April Mit 1000 Mk. oder 100 Tagen Gefängnis bestraft werden in Zukunft die Wehrpflichtigen, die sich der Gstellung entziehen. Bisher wurde stets auf 180 Mark erkannt. Die neue Praxis wird auch außerhalb Lübecks geübt, und damit begründet, daß die Strafe für Verstöße gegen die nationale Pflicht angemessen erscheine und daß sie auch dem neuen Reichsgesetz über die Staatsangehörigkeit entspreche. Fünf in Lübeck Gestellungspflichtigen wurde heute dieser Sichtwechsel ausgestellt. — Um Groschen zu erlangen, wo Schnaps drauf steht, schwindelte der Arbeiter M., aus Stöckelsdorf gebürtig, verschiedene Geschäftsleute an. U. a. gab er einem Rummelfabrikanten an, für einen Kantenwirt Rum holen zu müssen. Die 5-Liter-Flasche, die er nicht gut mitnehmen konnte, versetzte er in einem Zigarrenladen für 2 Mark, mit deren Hilfe bequemer die „Leuchtlampe“ zu erlangen waren. In Gültrow pumpt ihm ein Schlachtmessner 2 Mark und eine Wurst, nachdem er sich als Schachtmessner vorgestellt und einen Fleischlieferungvertrag für seine 50 Leute mündlich abgeschlossen hatte. 50 Pfg. erschwandete sich M. an anderer Stelle. Dem oft Vorbestraften werden noch einmal mildere Umstände zugebilligt. Er kommt mit 10 Monaten Gefängnis davon. — Der richtige „Vorarbeiter“. Exemplarische Strafen wegen Brandstiftung und Diebstahls hat der 25-jährige sogenannte Vorarbeiter K. Nachdem er die Lage ausgekundschaftet hatte, betrat er einen Laden in der Fischergrube und forderte neben Kleinigkeiten eine Flasche Petroleum. Die erste war ihm zu klein, weshalb die Verkäuferin eine größere suchte. Diese Gelegenheit zum Stehlen war der ganze Zweck seines „Kaufes“. Während das Mädchen ihn den Rücken kehrte, griff K. in die Ladentasse, holte ein Portemonnaie mit 65 Mk. heraus und verduffete. Der Angeklagte wird für diesen frechen Diebstahl zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Arbeitererfissa. Einen bedauerlichen Unglücksfall erlitt heute vormittag kurz nach 8½ Uhr der Schmiedezuschläger Köhn, wohnhaft in der Elmstraße, der in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik von G. Garber in der Näheburger Allee tätig war. Infolge eines Fehlschlages sprang ein Stahlsplitter vom Vorschlaghammer ab und drang Köhn in den linken Oberarm ein, die Pulswader durchschneidend. Die Kollegen suchten den großen Blutverlust solange zu hemmen, bis ein Arzt zur Stelle war, der einen Notverband anlegte und die Überführung des Verletzten in das allgemeine Krankenhaus anordnete.

Getrunken ist am Donnerstag nachmittag ein junger Mann, der sich bei der Herrenbrücke seine Hände in der Trabe waschen wollte, und dabei ins Wasser stürzte. Seine Leiche wurde gefunden.

Seinem Leben ein Ziel setzte der Sergeant Nieckhoff vom Regiment „Lübeck“; er erschoss sich in den Schießständen bei Wesloe. Das Motiv soll Schwermut gewesen sein.

Durchgänger. Gestern nachmittag kurz nach 6 Uhr wurde in der Nähe der Puppenbrücke das Pferd eines einspännigen Stuhlwagens unruhig, weil die Deichsel das Tier wiederholt gegen das Bein schlug, und rannte nach der Wallhallinsel zu. Als der Führer erkannte, daß er das ichene Tier nicht zum Stehen bringen würde, sprang er vom Wagen, wodurch er sich eine Verletzung am Kniee zuzog. Das ichene Pferd zertrümmerte eine Straßenlaterne und zerbrach die Deichsel, bevor es von einem Radfahrer angehalten werden konnte.

Handelsregister. Am 23. April 1914 ist eingetragen: 1. Bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Drägerwerk, Heinz u. Bernh. Dräger, Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Alexander Bernhardt Dräger ist alleiniger Inhaber der Firma. Die Forderungen und Verbindlichkeiten der Gesellschaft sind auf ihn übergegangen. Dem Fabrikanten J. H. Dräger in Lübeck ist Procura erteilt. Er ist auch zur Beauftragung und Vertretung von Grundstücken ermächtigt. 2. Bei der Kommanditgesellschaft in Firma Lesser u. Liman, Berlin, Zweigniederlassung Lübeck: Die Procura des D. Kohlfurth in Berlin ist erloschen. — Am 24. April 1914 ist eingetragen: 1. Bei der Firma: Die Spar- und Anleihe-Kasse zu

Lübeck, mit dem Sitz in Lübeck: J. A. Heitmann, H. Weber und F. Mantel sind aus dem Vorstand ausgeschieden. Der Kaufmann und Konsul D. W. Eichenburg, der Maurermeister E. C. H. Hund und der Kaufmann E. H. J. Bote, sämtlich in Lübeck, sind neu in den Vorstand gewählt. 2. Bei der Firma Immobilien-Gesellschaft in Lübeck, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck: Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Dr. Hermann Hofmann ist beendigt. Der Kaufmann Wilhelm Cohn in Lübeck ist neu zum Geschäftsführer bestellt.

pb. Streubriefling. Ermittelt und festgenommen wurde ein Geschäftsreisender von hier, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung streubrieflich verfolgt wird.

pb. Wer ist der Eigentümer? Am 23. d. Mts. sind in einem Gebüsch der Anlagen unterhalb der Krähensstraße ein noch gut erhaltener Ueberzieher und ein Jackett gefunden worden. Beide, aus grauem Stoff gefertigte Kleidungsstücke, dürften aus einem Diebstahl herrühren, und von dem Diebe dort verlegt worden sein. Der unbekannte Eigentümer wird ersucht, sich im Bureau der Kriminal-Polizei, woselbst die Sachen zur Ansicht auslegen, zu melden.

pb. Eigentumsvergehen. Am 23. d. Mts. zwischen 4½ und 7 Uhr nachmittags wurde mittels Einbruchs in Rantzenberg eine graumelierte Hose, in deren Taschen sich ein Portemonnaie mit 8,50 Mark, 1 Taschenslaterne und eine Doublee-Uhrfette befanden, gestohlen. — Am 23. d. Mts. zwischen 12 und 2 Uhr mittags, ist aus der Werkstatt eines, an der Johannisstraße wohnenden Schmiedemeisters, ein braunes Schurzfell abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. In dem Schurzfell befindet sich ein kleines Loch. Als Täter kommt ein auf der Wanderschaft befindlicher Schmiedegehilfe in Frage.

Im Hausattheater bringt seit Freitag das Garten-Ensemble einen neuen Schwank: „Gottlieb geht bummeln“ zur Aufführung und erzielt damit ungemessene Follereiserfolge. In dem Einakter läßt Gartenstein als Provinzsonel Gottlieb Käsemödel aus Ruhlshof seine Laune schießen, wobei er wirkungsvoll unterstützt wird durch die Damen Feldmeyer und Gilmmer, sowie Herrn Gräper und andere Mitwirkende. Wer sich einmal tüchtig auslachen will, sollte das Hausattheater besuchen. Er wird sich auch am artistischen Teil des Varieteprogramms recht ergötzen.

Pflanzenausstellung im Naturhistorischen Museum. Da die im vorigen Jahre zum ersten Male veranstalteten Ausstellungen frischer blühender Pflanzen lebhaftes Interesse gefunden haben, sollen die Ausstellungen auch in diesem Jahre fortgesetzt werden. Die Stadtgärtnerei hat wiederum ihre freundliche Hilfe zugesagt. Einlieferung — zumal wildwachsender Pflanzen — von anderer Seite werden stets dankbar entgegengenommen. In dieser Woche sind zunächst die Pflanzen zusammengestellt, die jetzt im Laubwald blühen. Das warme Frühlingswetter hat schon eine Menge Blumen hervorgebracht, die sonst erst etwas später zu kommen pflegen. Außerdem finden sich in der Ausstellung viele Zierpflanzen, von denen einige erst in den letzten Jahren häufiger zu sehen sind.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Der heutige Abend mit der Aufführung des historischen Dramas „König Heinrich IV.“ ist dem großen Briten Shakespeare zu seinem 350. Geburtstag gewidmet. Eine kurze, einführende Ansprache Dr. Levertins und ein festlich beleuchtetes Haus werden im weiteren dazu angehen, die Stimmung und den Wert der Feier zu erhöhen. Es ist gewissermaßen Ehrensache unserer fürs höhere Drama Interessierten den größten Dramatiker aller Zeiten an diesem Tage durch einen recht zahlreichen Besuch zu ehren. — Zur morgigen Nachmittagsvorstellung „Dr. Klaus“ wird heute die Verlosung der Karten um 8½ Uhr abends fortgesetzt.

Hamburg. Samburger Hafenhäuten. Die Bauten zur Erweiterung des Hamburger Hafens haben in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht. Von 45 100 000 Mark, die Senat und Bürgerschaft für diesen Zweck zur Verfügung gestellt haben, sind bis zum Oktober 1913 bereits 43 070 000 Mk. verbraucht worden so daß nur noch etwas mehr als zwei Millionen Mark zur Verfügung standen. Im allgemeinen verlaufen die Arbeiten programmäßig, doch sind einige Verzögerungen dadurch entstanden, daß der Boden sich auf der Insel Waltershof, die jetzt in Häfen verwandelt wird, als mooriger herausstellte, als erwartet wurde, und deshalb die Bauten teilweise stärker fundamentiert werden mußten. Als erster der neuen Häfen ist vor kurzem der neue Jachthafen eröffnet worden. Demnächst wird der neue Petroleumhafen in Betrieb genommen werden, der abzüglich nach dem untersten Teile des Hafens verlegt worden ist, um auf diese Weise von den übrigen Häfen möglichst isoliert zu werden und den ausströmenden Petroleumdampfern Gelegenheit zum Anlegen und Lösen zu geben, bevor sie in das eigentliche Hafengebiet hineingelangen. Auch die Arbeiten an dem neuen Flußschiffhafen auf der Elbinsel Peute sind in der letzten Zeit sehr stark gefördert worden. Dieser Hafen wird in einer Länge von 500 Metern und einer Breite von 182 Metern hergestellt, um den Stromlauf der Elbe zu entlasten und für die Kleinschiffahrt geeignete Plätze zu schaffen. Zwei große Wagger haben in den letzten Monaten das gewaltige Quantum von 510 000 Kubikmeter Erde bewegt, um den aus dem Weizenland geschaffenen Hafen auf die erforderliche Tiefe zu bringen. Der Hafen wird bereits so angelegt, daß später eine Vergrößerung auf das Doppelte erfolgen kann, wenn die weitere Entwicklung der Flußschiffahrt ein Bedürfnis dafür erkennen läßt.

Vergeßdorf. Vom Zuge zermalmt. Freitag früh gegen 7 Uhr ließ sich von einem Zuge der Vierländer Bahn beim Posthof eine weibliche Person überfahren. Der Lokomotivführer gab noch Notsignale, die Frau sprang aber im letzten Augenblick direkt vor die Lokomotive und wurde auf der Stelle getötet. Ihre Persönlichkeit konnte noch nicht festgestellt werden.

H Flensburg. Verurteilung eines dänischen Redakteurs. Die Strafkammer in Flensburg verurteilte den Redakteur Lehbeck wegen Beleidigung des Landgerichtsdirektors Dr. Hahn in Kiel zu einem Monat Gefängnis. Der Verurteilte hatte in seinem dänischen Protestblatt die richterliche Tätigkeit des Landgerichtsdirektors Hahn, des Führers im Kampfe gegen die Dänen, einer Kritik unterzogen.

Kostol. Gebildete Köhlinge. Unter dieser Stichmarke veröffentlicht der „Kostolker Anzeiger“ folgende Notiz: „Gebildete Köhlinge haben sich in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag am Blücherplatz schwere Delikte zuschulden kommen lassen. Mehrere Studenten vergriffen sich an den Pferden eines Fuhrwerks des „Kostolker Anzeigers“, mißhandelten den Kutsher mit ihren hiesigen Stöcken und schlugen dem Nachtwächter der Bodischen Hofbuchdruckerei ein Loch in den Kopf. Darauf drangen die Studenten auch in das Geschäftsgebäude des „Kost. Anz.“ ein und weigerten sich, das Haus zu verlassen, wodurch sie sich des Hausfriedensbruchs schuldig machten. Der Nachtwächter Kraßmann wurde so schwer mißhandelt, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Mehrere Angekellte des „Kost. Anz.“ wurden in brutaler Weise beleidigt und geschlagen. Gegen

die Täter ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden.“ — Es muß den Konservativen erst ans eigene Fett gehen, dann wissen sie die Streiche „gebildeter“ Studentenköhlinge schon beim rechten Namen zu nennen; so lange sie selbst weit vom Schuß sind, wissen sie es mit süßsaurem Lächeln als „Studentenstreiche“ — mein Gott ja! — „über-schäumende Jugendluft“ pp. zu entschuldigen!

Witthenshaven. Die Ausschuswahl zu der Betriebskrankenkasse der Marinestation der Nordsee in Witthenshaven haben folgendes Ergebnis: Auf Liste I (freigewerkschaftlich) entfielen 5850 Stimmen, Liste II (Christlich) 584, Liste III (Christlich-Dundersche Arbeiter und Harmonievereine) 1565. Einige weitere Listen vereinigten nur wenige Stimmen auf sich. Im ganzen sind 8408 Stimmen abgegeben worden. Von den 50 Vertretern entfallen auf die freien Gewerkschaften 37, auf den Nischmach 10 und auf die Christlichen 3. Der Nischmach erhält einen Sitz im Vorstand, die übrigen entfallen auf die freien Gewerkschaften.

Bremen. Die Bürgerschaft hat am Mittwoch die Budgetberatung beim Kapitel „Polizei“ fortgesetzt. Die der Polizei unterstellte Feuerwehr gab dem Genossen Wellmann Gelegenheit, an dem Vorschlagswesen (jeder Offizier hat einen, der Branddirektor sogar zwei Feuerwehrbeamte als Vorschläge zu üben, sowie über die unerhört lange Arbeitszeit der Feuerwehrleute, die, wenn sie Theaterdienst haben, 20 resp. 24 Stunden, sogar bis zu 48 Stunden im Dienst sein müssen. Die Erwidrerung des Rechnungsführers der Deputation war im allgemeinen nur eine Bestätigung der Kritik. Beim Kapitel „Unterrichtsverwaltung“ stellte Genosse Holzmeier vier Anträge: 1. Die Erziehungs- und Unterrichtsanstalten für nicht ganz volljährige Kinder in Staatsverwaltung zu übernehmen; 2. unter Abstandnahme von der Errichtung von Mittelschulen die Zusammenlegung der Vorschulen mit den entgeltlichen und unentgeltlichen Volksschulen vorzunehmen und die Erfüllung der Mittelschule zugeordneten unterrichtlichen Aufgaben durch entsprechende organische Ausgestaltung der allgemeinen Volksschule durchzuführen; 3. die Einrichtung des Seminars so auszugestalten, daß nicht immer eine so große Zahl auswärtiger Lehrer herangezogen zu werden braucht; 4. ob nicht die Rechte der Schulpflichter gegenüber dem Lehrerkollegium und den einzelnen Lehrern anders zu begrenzen sind, insbesondere auch dem Lehrerkollegium nicht nur beratende, sondern beschließende Stimme zu geben ist. — Genosse Waigand kritisierte die hohe Schülerfrequenz in den Volksschulen, verlangte die Verstaatlichung der Landschulen und beantragte, die nichtgewerblichen Arbeiter und die Lehrlinge des Großhandels dem Zwange der Fortbildungsschule zu unterwerfen. — Die Budgetberatung wurde wegen zu hoher Temperatur um 9½ Uhr unterbrochen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Recht eigentümliche Zustände

Scheinen bei der Deputation Platz greifen zu wollen. Schon öfter ist das Verhalten des Herrn Bauworts Steuer von dieser Stelle aus beleuchtet worden. Was sich der Herr in Gemeinschaft mit seinem Vorarbeiter Melinat auf dem Flugplatz in Travemünde geleistet hat, übersteigt jedoch alles bis jetzt dagewesene. Arbeiter, die sich erlaubten, den Ton zu kritisieren, den der Vorarbeiter sich angeeignet hatte, wurden einfach entlassen. Nach Willkür wurden die Baufen festgesetzt; wer sich dies nicht gefallen lassen wollte, konnte gehen. Der Vorarbeiter Melinat erklärte den Arbeitern im Auftrage des Bauworts Steuer, sie seien ausgesprochene Faulenzer und er wäre beauftragt, die gesamten Arbeiter ordentlich hoch zu nehmen.“ Wie alles hatte auch die Geduld der Arbeiter ein Ende. Am Morgen, dem 23. April, wollte der Vorarbeiter Melinat wiederum eine Probe aufs Exempel unternehmen. Statt um 8 wurde die Frühstückspause rein willkürlich auf 8½ Uhr verlegt. Es wurden noch einige Arbeiter beauftragt, länger zu arbeiten; diese erklärten nun dem Vorarbeiter, sie seien schon von 5 Uhr morgens unterwegs und daher begreiflicherweise sehr hungrig. Die Arbeit konnte ja nach dem Frühstück weiter gemacht werden. Dem Herrn Vorarbeiter paßte das aber nicht; nach Frühstück wurde der Arbeiter dann entlassen. Diese Provokation führte dazu, daß alle Arbeiter die Arbeit niederlegten. Um 11 Uhr riefen Herr Steuer, der telephonisch herbeigerufen war, Herrn Steuer wurde der Vorgang unterbreitet, und er gab hierauf folgende Antwort: „Wenn der Vorarbeiter den Befehl ausgibt, es soll länger gearbeitet werden, dann würde eben länger gearbeitet; wenn die Arbeiter auch den ganzen Tag hungerten, zu widerreden hätten sie nichts, wenn es nicht paßte, könnte sich wegziehen.“ Hierauf haben dann 28 Mann die Arbeitsstätte verlassen. Eine Kommission von 5 Mann war darauf beim Bauwart Neufeldt vorstellig. Der Bauwart hat aber nur 3 Mann angehört, und dem Vorarbeiter Melinat und dem Bauwart Steuer recht gegeben. Wir müssen nun doch einmal die Frage aufwerfen, ist gegen ein solches Gebaren, wie es Herrn Steuer schon seit Jahren den Arbeitern gegenüber beliebt, garnichts zu machen. Die Arbeitsstelle in Travemünde ist mit einer andern Kolonne wieder besetzt. Der Vorarbeiter und der Bauwart sind noch da. Wir, die wir weggegangen sind, bereuen es nicht, denn eine solche Behandlung bietet uns kein anderer Arbeitgeber. Mögen diese wenigen Zeilen aber dazu dienen, besonders unseren Nachfolgern den Grund unserer Arbeitsniederlegung zu beleuchten. Mehrere Arbeiter.

Spielplan des Neuen Stadttheaters, Lübeck.

Sonntag, den 26. April, nachmittags: „Doktor Klaus“. Lustspiel von Arronge. Abends: „Bajazzo“, Oper von Leoncavallo. Hierauf: „Coppelia“, Große Ballettpant. v. Delibes. — Montag, den 27. April: „Maienkönigtin“. Schäferspiel (Oper) nach Gluck. Hierauf: „Coppelia“, Gr. Ballettpant. v. Delibes. — Dienstag, 28. April: Gastspiel von Albert Bassermann. „Traumulus“. Tragische Komödie von Arn. Holz u. Fischer. — Mittwoch, den 29. April: „Spanische Fliege“. Schwank von Arnold u. Bach. — Donnerstag, den 30. April: „Neuheit!“ „Falkaff“. Oper von Giuseppe Verdi. — Freitag, den 1. Mai: „König Heinrich IV.“ Historisches Schauspiel v. Shakespeare. — Sonnabend, den 2. Mai: „Fidelio“. Oper von L. v. Beethoven. — In Vorbereitung: Schauspiel: „Im wunderschönen Monat Mai.“ Die fünf Frankfurter. Oper: „Götterdämmerung.“ Operette: „Orpheus in der Unterwelt.“

Briefkasten.

Ed., Schönberg. Du kannst sie bekommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Kömigt, für den gesamten Inhalt Johannes Stelling, Verleger: L. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

Hierzu zwei Beilagen.

Zwei Spezial-Geschäfte

8398

von besonderer Bedeutung,

welche nicht durch ihre Grösse, sondern durch ihre enorm billigen Preise auffallen.

Wir empfehlen zur **Maifeier:**

Kostüm , reinwollener Cheviot auf H'Seide	16 ⁵⁰
Kostüm , reinwollener Kammgarn-Cheviot auf H'Seide	21 ⁰⁰
Kostüm , reinw. Kammg.-Chev. auf H'Seide, schw. u. blau	23 ⁰⁰
Kostüm , reinwollener Cotelé auf H'Seide, schwarz u. blau	29 ⁰⁰
Kostüm , Sportfarben auf H'Seide	18 ⁰⁰
Kostüm , Sportfarben auf H'Seide	24 ⁰⁰
Blusen-Kostüm , reinwollener Cheviot	19 ⁵⁰
Blusen-Kostüm , reinwollener Cheviot	22 ⁰⁰
Blusen-Kostüm , reinwollener Cheviot	29 ⁰⁰

Schwarze Frauen-Mäntel

nur beste Qualitäten mit und ohne Futter

13⁰⁰ 15⁵⁰ 19⁰⁰ 22⁰⁰ 25⁰⁰ usw.

Moiré-Blusen, Jacken

neueste Formen 12⁵⁰ 15⁰⁰ 19⁰⁰ 22⁰⁰ usw.

Sportjacken 8.75 10.50 12.00 usw.

Staubmäntel 12.00 14.50 17.00 usw.

Blusen, Blusen, Blusen

Kostümröcke — Sportröcke

Was wir Ihnen in unseren Fenstern zeigen, haben wir auch im Laden und noch viel, viel mehr, unsere Preise sind keine Saison- und Modepreise, sondern wir rechnen mit dem kleinsten Nutzen, welchen wir notwendig haben müssen.

Besuchen Sie uns, Sie bekommen gute Ware und sparen Geld.

Hindrichs & Co.

Lübeck, Johannisstraße 1.

Spezial-Geschäft für Damen-Konfektion.

Der 1. Mai

gibt mir Gelegenheit zu einem ganz besonderen
Spezial-Angebot:

Von Sonnabend, den 25. April,
bis Sonnabend, den 2. Mai

auf **sämtliche Herrenkonfektion**

20% Rabatt

auf **sämtliche Schuhwaren**

10% Rabatt

Herren-Anzüge in tadelloser Verarbeitung
und neuesten Stoffen

45⁰⁰ 39⁰⁰ 36⁵⁰ 31⁵⁰ 26⁵⁰ 22⁵⁰ 19⁵⁰

Marengo-Jackett u. Weste

von 16⁵⁰ an

Herren-Stiefel in allen Lederarten, neuen
Formen mit u. ohne Lackkappe

von 5⁹⁰ an

Damen-Halbschuhe braun und
schwarz

von 4⁹⁵ an

Ia. Sandalen in allen Größen

28/26 2³⁵ 27/30 2⁶⁵ 31/35 3²⁵ 36/42 3⁷⁵

August Lütjohann,

Johannisstr. 1.

Spezialgeschäft für Herrenkonfektion und Schuhwaren.

Gerichtlich funktionsierter Koalitionszwang.

Kommt der Arbeiter auch nur in den leisesten Verdacht, auf seinen unorganisierten Kollegen eingewirkt zu haben, daß dieser sich der Organisation anschließen soll, so faßt der Staatsanwalt ihn am Krage und ein weisses Richterkollegium verhängt über den „Terroristenzwang“ auf Grund des § 153 der G.-O. eine Freiheitsstrafe. Daß der Koalitionszwang aber auch eine andere Beurteilung erfährt, wenn er nicht in Arbeiterkreisen, sondern in anderen Bevölkerungsteilen in Übung ist, ist hinlänglich bekannt. Den Zwangsinnungen ist schon gewissermaßen gesetzlich der Koalitionszwang gewährleistet. Und auch die Herren Juristen können über den sogenannten Terrorismus, der die Organisationspflicht verlangt, ganz anders denken und urteilen, wenn es sich nicht um Arbeiterorganisationen und deren Mitglieder handelt. Ja, sie erteilen sogar dem Koalitionszwange ihren richterlichen Segen, wie nachstehender Fall beweist.

Vor einiger Zeit hatten sich vor dem Landgericht I in Berlin drei Mineralwasserfabrikanten wegen Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Warenbezeichnung zu verantworten. Der Tatbestand der Anklage interessiert hier nicht, mehr dagegen die Erledigung der Sache. Es kam nämlich in dieser öffentlichen Sitzung der Strafkammer ein Vergleich zustande, wonach unter Uebernahme der Kosten die Angeklagten sich verpflichteten:

an den Verband der Mineralwasserfabrikanten eine Buße von 200 Mark zu zahlen; die Angeklagten verpflichteten sich weiter, solange sie den Handel mit Selterswasser und ähnlichen Produkten betreiben, ihre Wagen und ihre Fabrik durch die Kontrolleure oder sonstigen Beauftragten des obigen Verbandes einer Durchsicht unterziehen zu lassen bei Weidung einer Konventionalsstrafe von 30 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung, und endlich verpflichteten sich die Angeklagten innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach erfolgter Aufforderung des obenerwähnten Verbandes bei Weidung einer Konventionalsstrafe von 300 Mark für jeden von ihnen in einem der drei zu dem Verbands gehörigen Selterswasserfabrikanten-Vereine in Groß-Berlin beizutreten.

Wie wird uns denn! Preussische Richter legen jemanden unter Androhung einer Strafe von 300 Mark die Verpflichtung auf, einer Organisation beizutreten? Wenn immer es sich hier um die Wahrung von Standesinteressen oder Geschäftsinteressen handelt und wenn von unserem Standpunkte dagegen nichts einzuwenden wäre — von einem Richterkollegium muß eine solche Sanktion zu einem ausgesprochenen Koalitionszwang doch wunden nehmen. Wir wünschten nur eine gleiche Auffassung der Arbeiterkoalitionen gegenüber. Der Tarifbrecher, der Streikbrecher, auch der Unorganisierte in Arbeiterkreisen wirkt den Standesinteressen seiner Klasse entgegen. Würde ihn ein preussischer Richter bei einer Konventionalsstrafe verpflichten, nein auch nur ins Gewissen reden, daß er seine schädigende Sonderstellung aufgeben und sich der Organisation anschließen soll, um etwa den Schutz der Organisation und den des Tarifvertrages zu genießen? Nein, ein solcher Außenstehender wird

von den Herren Richtern als das nützlichste Element im Staate gepriesen, sein Verhalten wird gefehlich geschätzt und die etwa an ihn ergangene Mahnung zur Koalition wird an dem gestraft, der sie an ihn richtete. Wie doch in unserer Juristerei immer wieder die gleiche Handlung nicht die gleiche ist, wenn zwei dasselbe tun.

Ein kirchlich-sozialer Kongress.

Ist am Mittwoch in Wiesbaden zusammengetreten und erfreute sich natürlich der Sympathieumgebungen aller möglichen Reglerungsleute, vom Reichskanzler bis zu den Synodalbehörden. In der Eröffnungsansprache trat Geheimrat Professor Seeberg für die Fortführung der Sozialpolitik, gegen Einschränkung des Koalitionsrechts und gegen die Ersetzung von Wilhelms II. einstigen Programm der sozialen Mission durch des Kronprinzen Wort von der völkischen Eigenart auf, die zu gerätendem Chauvinismus führen könne. Dann erging man sich in theologischen Redewendungen über Bildung und Religion und in der Diskussion brachte es ein Universitätsprofessor Degler aus der Kunststadt Königsberg zuwege, unsere ganze Wissenschaft und Kunst samt der Dichtung Gerhart Hauptmanns, zwar nicht dem Worte aber dem Sinne nach, für einen ziemlich wertlosen Quark zu erklären. Nur das Zurückgehen auf die Religion und den Glauben könne unsere Kunst von der Versimpelung befreien und die Wissenschaft wieder zu größeren Leistungen befähigen!

Ueber die Kirchenaustrittsbewegung sprach der Reichstagsabgeordnete Mumm, den es besonders grämt, daß nicht nur sozialdemokratische Arbeiter, sondern auch der Multimillionär Kirdorf der Kirche den Rücken gekehrt habe. Adolf Hoffmann verfechtete er in den Mittelstand, weil er doch — Buchhändler ist und benutzte dies, um seine Behauptung zu stützen, daß das neue Heidentum keineswegs rein sozialdemokratisch sei, wogegen wir ja nichts einzuwenden haben. Weiter behauptete Herr Mumm, daß die Sozialdemokratie sofort den Austritt aus der Kirche zur Parteisache machen würde, wenn sie nicht Rücksicht auf ihre Wähler in Rheinland-Westfalen und Bayern nähme. Der Schwiegersohn Wahrheits-Stüders macht sich also auch kein Gewissen daraus, die sozialdemokratische Partei in größtmöglicher Weise zu beschimpfen und ihr eine, noch dazu ganz unsinnige, Heuchelei vorzuwerfen.

Im übrigen verlangte er, daß man den Kirchenaustritt in keiner Weise hindern solle und er forderte sogar, daß man an den Berliner Amtsgerichten mehr Beamte anstellen solle, wenn die vorhandenen nicht ausreichen, um die Masse der Kirchenaustritte rasch zu erledigen. Auch dafür ist er, daß die Kirche ein bißchen sozialpolitischer sein und doch auch ab und zu einen Arbeiter in die Synoden hineinlegen möchte.

Bemerkenswert war, daß Vertreter der christlichen nationalen Arbeiterbewegung für die Kirchenaustrittsbewegung die Gegnerschaft mancher evangelische Pfarrer und der Kirche gegen alle Forderungen der aufsteigenden Arbeiterschaft verantwortlich machten. Am Abend erfreute der neue Zerschower Reichstagsabgeordnete Schiele sein Publikum durch die Behauptung gemeinsamer (natürlich konservativer) Interessen von Mittelstand und Arbeitern.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berein „Reichswahlreform“.

In den rechts stehenden Blättern veröffentlicht der Karlsruher Oberamtmann Dr. Wolfgang Heinze einen Aufruf, in dem er Propaganda macht für eine Reform des Reichstagswahlrechts „auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse“. Er verlangt, daß die Wahsprüfungen nicht mehr vom Reichstage selbst, sondern von einem unparteilichen Gericht vorgenommen werden; ferner will er den Auslandsdeutschen, die in den deutschen Kolonien ihren Wohnsitz haben, das Reichstagswahlrecht verschaffen. Dr. Heinze bemerkt in dem Aufruf, daß diese Vorschläge im März bereits einer großen Anzahl von Männern vertraulich unterbreitet worden seien, die sich für sie erklärt hätten. Diese Herren hoffen, durch den ersten Vorschlag die Sozialdemokratie im Reichstage schwächen zu können, und mit dem zweiten Vorschlag soll die imperialistische Politik unterstützt werden. Dreißig auslandsdeutsche Abgeordnete sollen in den Reichstag einziehen. Der vorbereitende Ausschuss, für den Dr. Heinze den Aufruf unterzeichnet hat, beabsichtigt, demnächst in Berlin einen „neutralbürgerlichen Verband Reichstagswahlreform“ zu gründen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ begrüßt den Aufruf und empfiehlt ihn der Beachtung der Leser. Wir glauben, daß er keine besonders große Beachtung finden wird.

Die unwissende Staatsregierung.

In der Bayerischen Abgeordnetenkammer wurde bei Beratung des Staatsbaubudgets ein standalöser Eingriff der Regierung in das Koalitionsrecht in Privatbetrieben zur Sprache gebracht. Die Stadt Kaiserslautern baute gemeinsam mit einer Privatfirma eine Straßenbahn. In dem zwischen der Stadt, dem Erbauer und Pächter der Bahn abgeschlossenen Vertrag wird das volle Koalitionsrecht der Angestellten ausgesprochen. Der Unternehmer hatte sich mit dieser Bedingung einverstanden erklärt. Die Regierung hat aber die Konzessionserteilung davon abhängig gemacht, daß in dem Vertrag die erwähnte Bestimmung gestrichen werde. Gegen dieses Verfahren wandten sich mit energischen Worten die Genossen Körner und Hoffmann. Der Minister des Innern und seine Räte erklärten von der ganzen Sache nichts zu wissen und sich deshalb nicht äußern zu können. Tatsächlich ist aber dieser Versuch, das Koalitionsrecht sogar in Privatbetrieben zu unterdrücken, von der Regierung unternommen worden und zwar nicht von dem Ministerium des Innern, aber vom Verkehrsministerium, das in dieser Sache zuständig ist. Die Angelegenheit wird weitere Folgen haben.

Die Mittelstandsfreundlichkeit der Agrarier.

Aus dem Schweiniger Kreisblatt wird bekannt, daß die Halleische Landwirtschaftskammer außer landwirtschaftlichen Verkaufsstellen auch noch Reparaturwerkstätten für landwirtschaftliche Maschinen usw. einrichtet und dadurch dem gewerblichen Mittelstand empfindliche Konkurrenz macht. Neuerdings soll in Jalkenberg eine Verkaufsstelle mit Reparaturwerkstatt eingerichtet werden, wogegen sich die Handwerker natürlich energisch wehren. Selbst die Landräte wollen auf die Seite der Handwerker treten und gegen die agrarische Konkurrenz protestieren. Wenn das ohne Erfolg bleibt, will man sich an die Parlamente wenden.

Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibelgenenschaft von Graf E. A. Saltas.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(7. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Bald nach der Ankunft des alten Trubitzke wurde Jegor in das Verwalterhäuschen gerufen und blieb den ganzen Abend über dort. Als er nach Hause kam, war er derart aufgeregt, daß er gleich einem Wahnsinnigen umherrannte und sich die ganze Nacht nicht schlafen legte. Seit diesem Abend wich er Matar Makarowitsch hartnäckig aus, und wenn dieser ihn rufen ließ, erwiderte er stets, er wäre krank und könnte deshalb nicht kommen. Zweimal kam der Verwalter selbst zu ihm; mit gesenktem Haupte sah Jegor da, wagte Trubitzke nicht anzublicken und beantwortete keine seiner Fragen. Als er den alten Edelmann eines Tages wiederum auf das Häuschen zukommen sah, stürzte er schleunigst in die andere Stube und schloß sich ein, indem er seiner Mutter zurief, sie möge dem Verwalter sagen, er fühle sich nicht wohl und sei deshalb zu Bett gegangen.

Dieses sonderbare Benehmen ihres Sohnes ängstigte die alte Luteria Jegorowna so sehr, daß sie abermals zu kränkeln anfing. Sie war außerstande, sich darüber klar zu werden, was eigentlich geschehen sollte, wenn die Fürstin nach Beresopole zurückkehrte. Hätte man der Alten erzählt, aus einem fremden, fernem Lande wären Gesandte in goldenen Gewändern gekommen, um Jegor zu ihrem Könige auszurufen, so würde sie sich nicht darüber gewundert haben, da sie solches schon öfters in den Märchenbüchern gelesen hatte, allein was man ihr jetzt täglich in die Ohren raunte, schien ihr unerhört und unmöglich zu sein.

Außer Jegor Milowanow gab es noch eine Person in Beresopole, die ungemein traurig war. In einem Zimmer des Schlosses, welches früher Eudoxia bewohnte, die jetzt bei ihrer Herrin in Moskau weilte, lag eine Schwerkranke. Der Arzt kam täglich aus dem benachbarten Städtchen herüber, doch er schüttelte jedesmal den Kopf und meinte, der Zustand der Kranken sei hoffnungslos.

Diese Kranke war Eugenie.

Die Bauern wähten, sie habe sich stark erkältet. Fünf Tage lag sie völlig bewußtlos da, dann kam sie wieder zu sich, aber ihr Allgemeinbefinden war ein derartiges, daß der Arzt nicht wußte, ob sie sich bereits auf der Besserung befand oder aber langsam dem Tode entgegenging. Jetzt war sie schon wieder hergestellt, doch sie sah so abgemagert und verändert aus, daß man sie kaum zu erkennen vermochte.

Viele kamen, um die kranke Eugenie zu besuchen. Zweimal war auch Luteria bei ihr. Die Alte wäre gern häufiger zu ihr gegangen, allein wenn sie kam, dann fing die Kranke jedesmal herzzerreißend zu weinen und zu schluchzen an, küßte der Fürstin die Hand und bat flehentlich, sie möge ihr doch Jegor schicken. Diesen Wunsch vermochte sie ihr nicht zu erfüllen; denn Jegor hatte seiner Mutter rundweg erklärt, er könne und wolle Eugenie nicht mehr sehen. Zugleich ersuchte er Luteria, der Kranken zu sagen, sie möge sich ihn nur aus dem Sinn schlagen; ihr Verhältnis müsse ein Ende haben, und von einer Fortsetzung oder Erneuerung desselben könne gar keine Rede sein.

Weder Jegor noch die übrigen Bewohner von Beresopole kannten die Ursache von Eugeniens Krankheit; nur sie allein wußte dieselbe. Als sie die Nachricht erhielt, daß Fürst Andrej Zwanowitsch gefordert, daß Pauline Andrejewna jetzt selbständige Herrin geworden sei, und daß Jegor nach seiner Heimat zurückkehre, vermochte sie das Leben nicht mehr zu ertragen. Gegen Abend ging sie in die Badestube*, nahm eine volle Stunde hindurch ein Dampfbad, ließ dann ins Freie, warf sich in den Schnee und blieb hier so lange liegen, bis sie vor Kälte fast erstarrt war. Hierauf erhob sie sich, indem sie ihre letzten Kräfte zusammenraffte, kehrte in die Badestube zurück, klebete sich an und schleppte sich nach dem Schlosse hin. Unterwegs bekam sie fürchterliches Kopfschmerz und fiel endlich zu Boden. Später fanden sie Leute und brachten sie bewußtlos in Eudoxias Zimmer. Am nächsten Tage rang sie bereits mit dem Tode, ohne daß jemand es ahnte. Erst als Matar Makarowitsch an ihr Bett trat und ihren gefährlichen Zustand erkannte, wurde sofort nach dem Arzte geschickt.

Von nun an schien Eugenie wie verwandelt. Stets wie eine Löwin gereizt, war sie zu allem fähig. Ihrer körperlichen Krankheit folgte eine seelische. Oftmals war es ihr, als packte sie jemand bei der Gurgel oder schlug sie mit einem Hammer in die Schläfen. Kurz, sie war wie vom Teufel besessen.

So lagen die Verhältnisse in Beresopole, als man an einem sonnigen Frühlingstage die Ankunft der Fürstin erwartete. Heute brauchte Trubitzke keine reitenden Boten auszuscheiden; denn mehr als zwanzig junge Furichen waren auf die Landstraße hinausgeeilt, um nach ihrem Wagen auszusäuen. Die Kirche, an welcher Prastowia Andrejewna vorüberfahren mußte, war hell erleuchtet und voll mit Menschen angefüllt; vor dem Portale stand der Pope mit den Kirchendienern im vollen Ornate, um die Gutsderrin zu begrüßen.

*) In Rußland befindet sich selbst in dem kleinsten und ärmsten Dorfe eine Badestube. (Anmerk. d. Uebers.)

grüßen. Auf dem Gutshofe waren sämtliche Diener und Bauern aufgestellt; jung und alt, groß und klein, ganz Beresopole war auf den Beinen, nur zwei fehlten, die kranke Eugenie und der gesunde Jegor. Schon zweimal hatte der alte Trubitzke nach ihm geschickt, allein Jegor gab nicht einmal eine Antwort, obwohl man ihm sagte, er wäre die Hauptperson bei den Empfangsfeierlichkeiten.

Luteria Jegorowna stand in der ersten Reihe neben dem Verwalter. Sie war sehr betrübt und zudem auch ängstlich; denn sie dachte immer an ihren Sohn, der voll Trost zu Hause geblieben war.

Jegor sah am Fenster, von wo aus er die ganze Fahrstraße und den Schlosshof übersehen konnte. Sein Antlitz war bleich, und seine Augen leuchteten fieberhaft. Er sprang auf, schritt unruhig im Zimmer auf und ab, und dann setzte er sich wieder. Nur ein Gedanke besaßte ihn... fortzulaufen, zu fliehen, Gott weiß wohin... nur ja nicht hier bleiben, wo etwas Schreckliches, etwas Unerhörtes ihm zustößen sollte! Manchmal griff er sich an seinen Kopf und rief:

„O das ist eine Qual, eine unerträgliche Qual! O wäre ich doch lieber Soldat geblieben!“

Endlich sah er, wie eine große Menschenmenge sich zusammenballte, und wie mitten hindurch langsamen Schrittes eine Equipage fuhr. Er zuckte zusammen und trat vom Fenster zurück, als hätte er ein Gespenst gesehen. Plötzlich tauchte ein prächtiger Gedanke in seinem juchstbar erregten Gehirn auf. Wie wäre es, dachte er, wenn man jetzt statt der lebensfrischen Fürstin ihre Leiche brächte? Wäre dieses besser für mich oder nicht? Jegor beantwortete sich selbst diese Frage in aller Aufrichtigkeit. Es würde ganz gewiß viel einfacher sein, meinte er, und warf noch einmal einen Blick auf all die vielen gepulzten Leute und auf die Equipage, in welcher Prastowia Andrejewna saß.

Einige Minuten später wurde er ins Schloß gerufen, und als er dasselbe verließ, schien er nicht mehr traurig und niedergeschlagen zu sein. Am folgenden Morgen ging er wieder zu der Fürstin und kam erst am Abend zurück; diesmal schaute er ruhig, vergnügt und sogar glücklich aus. Von nun an hielt er sich den ganzen Tag im Herrenhause auf, wo unablässig Freude und Frohsinn walteten.

Aber im Dorfe herrschte große Unzufriedenheit. Fürstin Pauline hatte den Trost und die Zurückhaltung Jegors endlich gebrochen, auch seine alte Mutter beruhigt, und war fest entschlossen, mit einem Leibeigenen sich zu vermählen.

„So etwas ist unerhört, noch nie dagewesen“, flüsternten die Bauern. „Es ist ungeziemend und geschwätzig“, sagte der Pope.

Der unangenehme Kolonialskandal.

Die Enthüllungen der „Germania“ über die früheren Schutruppenoffiziere Frhr. v. Schleinig und Major v. Gradow sind den Konservativen sehr unangenehm. Die „Deutsche Tageszeitung“ empfiehlt daher eine allseitige gewisse Zurückhaltung. Die Wiederaufrollung der ganzen Angelegenheit liege weder im Interesse der Herren selbst, noch in dem des Gouvernements, noch in dem der deutschen Kolonialpolitik überhaupt. — So kurzer Hand ist die Sache doch nicht abgetan!

Der Wahlkampf in Stendal-Osternburg.

Zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen ist in diesem Kreise ein heißer Kampf entbrannt. Die Versammlungen des nationalliberalen Kandidaten werden nicht nur von den Konservativen gestört, sondern es werden ihnen auch in einer ganzen Reihe von Orten die Säle abgetrieben. Wie gewaltig muß der Terrorismus sein, den die Konservativen ausüben, wenn die Wirtel Angst davor haben, den Nationalliberalen ihre Lokalitäten zur Verfügung zu stellen. Natürlich stellen die Konservativen diesen Terrorismus in Abrede und einer ihrer Generalsekretäre erklärte sogar, wenn man ihm die Namen diese Wirtel nenne, dann werde er dafür sorgen, daß diese Lokale für die Nationalliberalen freigegeben werden. Der Herr ist sich offenbar im Moment gar nicht darüber klar gewesen, daß er mit dieser Versicherung den Einfluß zugab, den die Konservativen auf die Wirtel ausüben imstande sind. Umgekehrt haben die Konservativen über die gefährliche Kampfesweise der Nationalliberalen. Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht einen langen Bericht aus Stendal, in dem dem nationalliberalen Kandidaten Wachholtz de Wente und dem Reichstagsabgeordneten Dr. Böhm die schwersten Vorwürfe gemacht werden. Die Nationalliberalen versichern, daß viele Wähler bei den letzten Wahlen konservativ stimmten, jetzt dieser Partei den Rücken gekehrt haben. Die gleiche Versicherung, nur im umgekehrten Sinne, geben auch die Konservativen ab. Beide Parteien haben eine ganze Stab von Sekretären, die im Wahlkreise tätig sind. Daneben sind auch konservative Abgeordnete, wie Graf Westarp, v. Graefe, Arnstadt u. a. eifrig bemüht, durch Abhalten von Versammlungen die gefährlichere konservative Position zu retten.

Unsere Genossen entfallen selbstredend gleichfalls eine ungemessene Mühseligkeit, wenn sie auch naturgemäß am meisten von der Lokalkorruption betroffen werden. Daß die Entscheidung erst in der Stichwahl fallen wird, steht fest, aber es ist keineswegs auszgemachte Sache, daß die bürgerlichen Parteien miteinander in die Stichwahl kommen. Im Jahre 1912 erhielten die Konservativen in der Hauptwahl 10 512, die Nationalliberalen 8621, die Sozialdemokratie 7434 Stimmen. Die sozialdemokratische Stimmenzahl wäre sicher höher gewesen, wenn nicht die Eisenbahndirektion Hannover jedem Eisenbahner die Dienstentlassung angedroht hätte, falls er staatsfeindliche Versammlungen besuchen sollte. In dieser letzten Form ist noch letzten amtliche Wahlbeeinflussung getrieben worden. Es kann also schließlich damit gerechnet werden, daß der sozialdemokratische Kandidat in die Stichwahl kommt.

Das pater peccavi des konservativen Landtagsabgeordneten Dr. Rübbling.

Der württembergische Landtagsabgeordnete Dr. Rübbling hat bekanntlich trotz seiner konservativen Parteistellung die Stichwahlbedingungen der Sozialdemokratie unterschrieben. In der konservativen „Süddeutschen Zeitung“ erklärte nun Dr. Rübbling, er habe das nicht getan, um die sozialdemokratischen Stimmen für sich zu gewinnen, er habe nur der Pflicht genügt, jedem Wähler Auskunft über seine Stellung zu erteilen. — Die konservative Parteileitung aber erklärt in demselben Blatte: „Wir bedauern aufs tiefste, daß Dr. Rübbling den sozialdemokratischen Wahlaufruf überhaupt und alle darin enthaltenen Fragen mit ja beantwortet

hat, müssen aber andererseits doch feststellen, daß es sich um keine „geheimen“ Machenschaften mit der Sozialdemokratie über die Stichwahl gehandelt hat. Es muß Herrn Dr. Rübbling zugute kommen, daß er den Fragebogen frei und offen ohne weitere Hintergedanken beantwortet hat in dem guten Glauben, daß er das nach Lage der Dinge tun könne, ohne gegen seine Parteigrundsätze zu verstoßen. Mit Rücksicht hierauf kann, da der Vorgang vor dem bekannten Parteischluß vom 18. November 1913 gespielt hat, für die Parteileitung ein weiterer Schritt gegen Dr. Rübbling nicht in Frage kommen. Sie erwartet aber von ihm wie von jedem Parteiangehörigen auf das bestmögliche, daß er sich künftig an den Beschluß gebunden hält. Damit ist für uns der Fall erledigt.“

Ein konservativer Abgeordneter, der sich zu sozialdemokratischen Forderungen bekennt und damit doch nicht gegen die konservativen Parteigrundsätze verstößt, ist jedenfalls ein Unikum, das nur im Schwabenlande geüben konnte.

Der Wehrbeitrag als Grundlage einer Reichseinkommensteuerstatistik.

Der Reichszentralrat hat nach der Meldung einer Korrespondenz angeordnet, daß alle Veranlagungsbehörden im Deutschen Reich die einheitlichen Formulare über die wichtigsten Ergebnisse der Veranlagung zum Wehrbeitrag bis spätestens 1. November d. J. auszufüllen haben. Die ausgefüllten Formulare sind dann an das kaiserliche Statistische Amt einzuliefern, woselbst sie einer eingehenden zweckmäßigen Bearbeitung unterworfen werden. Nicht nur soll die Aufstellung einer Reichsvermögensstatistik auf Grund der Veranlagung zum Wehrbeitrag ermöglicht werden, sondern auch die Aufnahme einer genaueren gegliederten Reichseinkommenstatistik.

„Eine Fabel von seltener Ueberheit“

Ist die Hoffnung auf eine Demokratisierung des Preußenwahlrechts. Oktavio v. Zedlitz und Henckrich der frei-konservative Führer im preussischen Abgeordnetenhaus, leitartikel im „Tag“ (Nr. 95 vom 24. April) über Wallwig und Loebell. Nicht ohne Interesse ist, was Zedlitz über den neuen preussischen Minister des Innern v. Loebell und die Frage der Wahlrechtsreform sagt:

„Auch in der Wahlrechtsfrage darf sich Herr v. Bethmann mehr von dem neuen Minister versprechen als von seinem Amtsvorgänger. Daß Herr v. Loebell beabsichtigt sei, um das preussische Wahlrecht zu demokratisieren, ist eine Fabel von seltener Ueberheit. Mit ihr tut man beiden Staatsmännern bitteres Unrecht. Wenn das Problem der Wahlrechtsreform selbst wohl erst 1916/17 in Angriff genommen wird, so muß doch das Terrain dafür von langer Hand geebnet werden, wenn man nicht wieder die Gefahr eines Fehlschlages laufen will. Die dazu erforderlichen Verhandlungen erfordern ein hohes Maß geistiger Elastizität und psychologischer Geschicklichkeit. Dazu ist Herr v. Loebell zweifellos viel geeigneter als Herr v. Wallwig.“

Das alles sind sicher für Herrn v. Bethmann sehr wertvolle Nebenfrüchte des Personalwechsels im Ministerium des Innern und für die Wahl Herrn v. Loebells wahrscheinlich sogar ausschlaggebend gewesen.“

Daß ein preussischer Minister ernannt werden sollte, um ein bestehendes scheinlich Unrecht zu beseitigen, gehört auch nach Ansicht der Arbeiter ins Fabelreich. Und dennoch wird die Wahlrechtsreform nicht ewig dauern!

Eine Junggejellensteuer.

Der Landtag von Reuß a. L. hat eine Regierungsvorlage angenommen, die die Junggejellensteuer einführt. Der Ertrag soll zur steuerlichen Entlastung der Winderbemittelten dienen.

Der Regierungskonflikt im Herzogtum Gotha.

Ueber die Ursachen, die zu dem Rücktrittsgesuch des gothaischen Ministers geführt haben, wird folgendes mitgeteilt:

berühmte sich jedoch bei dem Gedanken, daß sie nicht in böser Absicht gehandelt habe. In dem ersten Augenblicke, da sie die Todesnachricht erhielt, konnte sie sich dem Kummer nicht allzusehr hingeben, da ihre Gedanken ganz und gar mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt waren; der Tod ihres Vaters brachte ihr ja das größte Unglück.

Als sie von Moskau nach Berezopole zurückkehrte und den Leuten zu versichern gab, daß sie einen ihrer Leibeigenen heiraten wollte, erkannte sie gar bald, daß es zunächst unbedingt notwendig sei, schleunigst einen Ort zu verlassen, wo ein derartiges Ereignis allen etwas Ungehöriges zu sein schien, und daß, je weiter sie von Berezopole und von ihrer Heimat fortzöge, ihr Glück sich um so größer gestalten werde. Tatsächlich schickte sie sich in Moskau bereits etwas früher. Die gesamte Dienerschaft stammte zwar aus Berezopole, aber dennoch betrachteten sie den Verlobten der Fürstin mit ganz anderen Augen; die Leute lebten schon lange Zeit in Moskau, sahen und hörten dort mancherlei und wunderten sich deshalb über die Resignation ihrer Herrin durchaus nicht.

Fürstin Pauline empfing selbstverständlich in ihren Salons niemand, auch machte sie in der Stadt keine Visiten, aber trotzdem erfuhr sie gar bald, daß all ihre Verwandten und Bekannten, sowie die ganze Gesellschaft, in welcher sie bislang gelebt hatte, über ihre Verlobung mit einem leibeigenen Tischler auf das höchste erregt und entsetzt waren. Deshalb eruchte sie ihren Vetter Elias Petrovitch, ihr keine Reue zu machen, sondern sich zu freuen; denn sie wolle und müsse ihre Seelenruhe bewahren.

Nur zu bald sah sie ein, welche große Hindernisse sich vor ihr aufstürmen würden, bevor sie ihr Ziel erreichte. Sein Briefe in Moskau magte es, sie zu trauen, sie, die Fürstin Berezopolska mit ihrem Leibeigenen. Jegor vor der Verlobung einen Freiheitsbrief auszufüllen, daran dachte weder sie noch ihr Vetter. Endlich fand sich nach langem Zögern in der Nähe der Stadt ein Dorfpope, der sich sofort bereit erklärte, dem jungen Paare das Sakrament der Ehe zu spenden; der Geistliche war blutarm, und die Summe, welche Pauline ihm bot, bedeutete für ihn ein Vermögen, so daß er selbst auf die Gefahr hin, sein Amt zu verlieren, die kirchliche Trauung vollzog. So wurden Jegor Milowanow und Fürstin Berezopolska ein Ehepaar.

Nach der Trauung handelte es sich darum, für die Neuvermählten einen Aufenthaltsort zu beschaffen, und dieser Umstand verursachte abermals viel Ärger und Verdruß. Allein die Fürstin ließ wiederum, wie bei der Trauung, zweitaufend Rubel in die Tasche des betreffenden Beamten gleiten, und alsbald wurde ein Paß für Jegor Milowanow nebst Gattin

„Die Hofkammer hat eine Reihe von Wegen, welche früher zum Domänengut gehörig hatten, bei der Domänenverteilung zwischen dem herzoglichen Hause und dem Herzogtum beim Regierungsantritt des Herzogs abzugeben dem Anteil des Herzogshauses geschlagen sind, entgegen den damals getroffenen Abmachungen durch Anbringung von Vegetations- zu herzoglichen Privatwegen erklärt und ihre Benutzung nur auf Widerruf gestattet. Der Landtag nahm in seiner letzten Sitzung einen Antrag an, der das Ministerium ersucht, für die Beseitigung dieser Tafeln zu sorgen. Staatsminister Dr. Richter erklärte, daß die Hofkammer auf seine Anfrage mitgeteilt habe, jene Tafeln wären nur aufgestellt, um zu verhindern, daß diese Privatwege infolge langjähriger allgemeiner Benutzung als öffentliche Wege angesehen werden könnten. Auch wolle man etwaigen Haftpflichtansprüchen vorbeugen. Nachdem der Landtag vertagt war, veröffentlichte die Hofkammer eine an die Bevölkerung gerichtete Erklärung, welche die Anbringung der Tafeln rechtfertigen sollte und die Stellungnahme des Landtages als überflüssig bezeichnete: eine Sperrung der Wege sei überhaupt nicht möglich, da sie dem Forst- und Feldpolizeigesetz widersprechen würde. Inzwischen hatte aber das Landratsamt Wackershausen, dessen Leiter Mitglied des Landtages ist, einzelne Oberförstereien angewiesen, die erwähnten Tafeln zu beseitigen, da es sich meist um Wege handele, welche nach allgemeiner Kenntnis seit langen Jahren uneingeschränkt benutzt seien, und die sonach öffentlichen Charakter angenommen hätten.“

Dadurch verschärfte sich die Reiberei zwischen Hofkammer und Ministerium. Das Ministerium berietete an den in Italien weilenden Herzog, kam aber zu spät, denn die Hofkammer hatte schon ihre Absicht dem Herzog durchgesetzt. Der Konflikt wird sicher auch den gothaischen Landtag beschäftigen, denn so ohne weiteres werden sich die Gothaer die Wege nicht vom Herzog sperren lassen.

Österreich-Ungarn.

Der Wahlrechtskampf in Ungarn. Das ungarische Wahlrechtsgesetz für Ungarn hat Reichsrat erlangt. Wohl hat der letzte Kongreß der sozialdemokratischen Partei den einstimmigen Beschluß gefaßt, dem ungarischen Wahlrecht gegenüber die Passivität zu wahren, jedoch ist die Stimmung gegen das Gesetz in der ganzen Partei derartig gereizt, daß aus dem bevorstehenden Parteikongreß aller Wahrscheinlichkeit nach dieser Beschluß geändert werden wird. Daher wird auch mit der diesjährigen Matzeier der Wahlkampf beginnen. Die Partei nergibt sich dabei nichts gegen den Kongreßschluß, der der Schwerpunkt der Wahl in der Zusammenstellung der Wahllisten liegt. Die Matzeier, die diesen Wahlkampf einleiten soll, wird daher diesmal imposanter und mächtiger sich gestalten, als in früheren Jahren.

Das Opfer der österreichischen Spitzelei. Vor einigen Wochen wurde der national-soziale Abgeordnete und Bezirksrichter Sotha in Prag als Vollgeistesigler entkrant. Die Enthüllungen waren so skandalöser Art, daß Sotha sein Amt und sein Mandat niederlegen mußte. Dafür hat man nun fürchterliche Rache genommen: Als verdächtig, der Redaktion der „Narodny Dily“ das Material für die Enthüllungen geliefert zu haben, ist die bei der Prager Staatspolizei angestellte Frau Woldau, die Tochter eines Hofrates und die Witwe eines höheren Staatsbeamten, in Betracht gekommen, da sie Einblick in die streng gehüteten Geheimnisse der Staatspolizei hatte. Sie wurde jetzt plötzlich aus dem Amt entlassen.

Aus der Partei.

Genossin Dr. Wilim, geborene Brinzeßin Pauline von Württemberg, ist in der Nacht zum Donnerstag in Breslau gestorben. Bereits seit 28 Jahren hat sie in ihrem Äußeren etwas eigentümlich aufretende Frau sich in der sozialdemokratischen Partei betätigt und sie regelmäßig unterstützt. Seitdem das Vereinsgesetz den Beitritt der Frauen zu politischen Organisationen gestattet, war

ausgestellt; Jegors Stand und Charakter waren nicht angegeben.

Der Beamte, welcher der Fürstin den Paß überreichte, machte sie gewissenhaft darauf aufmerksam, daß sie nach ihrer Rückkehr nach Rußland auf viele Schwierigkeiten stoßen würde, da sie durch ihre Verheiratung mit einem Leibeigenen selbst eine Leibeigene geworden wäre. Als Pauline jetzt in den Beamten drang, ihr die ganze Angelegenheit näher zu erklären, wurde derselbe etwas verlegen. Endlich erklärte er ihr, die ehemalige Fürstin Berezopolska, jetzt Frau Milowanow, sei nunmehr ihre eigene Leibeigene, und er wisse nicht genau, ob sie als die Frau eines Bauern das Recht habe, Leibeigene zu besitzen. Das Gut Berezopole ginge auf den nächsten Erben über, und es sei ihr gesetzlich nicht einmal gestattet, bares Vermögen zu besitzen. Es gäbe wohl ein Mittel, all diesem vorzubeugen, d. h. man hätte Jegor vor der Eheschließung frei lassen müssen, allein jetzt sei es zu spät; denn als Frau Milowanow könne sie das Dokument der Freilassung Jegors nicht mehr unterzeichnen, und als Fürstin Berezopolska dürfe sie sich fortan nicht mehr ausgeben. Seines Erachtens erübrige jetzt nur noch ein gesetzlicher Weg, um die Freilassung Milowanows zu bewerkstelligen, nämlich der Verkauf von Berezopole, weil bei einem Gutsverkauf immer mehrere Leibeigene frei gelassen würden, und man ja beim Verkauf des Gutes Berezopole die Freilassung des Jegor Milowanow zur Bedingung machen könne.

Fürst Elias Petrovitch zog nun Erkundigungen darüber ein, ob Pauline denn nicht vermöge ihrer fürstlichen Abstammung noch gewisse Rechte habe, doch die Beamten zuckten sämtlich die Achseln. Einige rieten der Edeldame, sie solle in Moskau bleiben und nach wie vor ihre Stellung behaupten, allein abermals bemühte sie sich ihrer eine abergläubische Furcht vor dem neuen Kaiser, der in dem Ruße großer Strenge stand, und sie beschloß daher, Rußland so schnell als möglich zu verlassen. Der junge Frau schien es immer, als könnte man ihr in St. Petersburg ihr großes Glück noch streitig machen. Ihre ganze Hoffnung beruhte auf Elias Petrovitch; sie war sehr überzeugt, daß ihr Vetter sie nicht betrügen und verlassen werde, indem er alles an sich riß und sie dem Elende preisgab. Hatte sie nicht einen so guten Vetter gehabt, wie Elias Petrovitch, so wäre sie ganz gewiß in Moskau geblieben, um alles ruhig abzuwarten, doch nun brauchte sie keine Angst zu haben, und ihr Vetter benötigte sie selbst mit der Versicherung, daß noch alles gut werden würde.

(Fortsetzung folgt.)

Nachdem im Dorfe alles bekannt geworden war, ließ sich weder Praskowia Andrejewna noch Jegor mehr blicken. Die Fürstin stellte sogar ihre Spaziergänge ein, so daß man sich keine zuruhen, sie schämte sich, die Fragen anzuhören. Besonders lebhaft beschäftigten sich alle mit der Frage, wie sich wohl Jegor, der jetzt ja ein freundlicher und liebenswürdiger Mensch sei, später benehmen würde, wenn er erst als Herr und Gebieter hier einziehe.

Anfangs glaubte man, die Hochzeit fände in Berezopole statt, doch bald erfuhr man, daß das Brautpaar in Moskau getraut werden solle. Die meisten waren der Meinung, die Fürstin schämte sich vor ihrer Dienerschaft, andere erzählten, sie müsse zuvor nach St. Petersburg reisen und vom Kaiser die Genehmigung zu ihrer Verheiratung einholen, und einige behaupteten sogar, Jegor werde vorher in den Absehsstand erhoben.

Eines Abends fuhr Jegor mit seiner Mutter und dem alten Trubizko in der Richtung nach Kasan zu ab, und ihm folgte am nächsten Morgen die Fürstin Pauline in Begleitung ihres Veters. Die Bauern hinterließen ob dieser Abreise, die so ganz gegen alles Herkommen ohne Sang und Klang erfolgte, bedenklich die Köpfe und meinten, wie das ganze Benehmen ihrer Herrin nicht natürlich sei, so auch dementsprechend die Abreise.

In Berezopole war es jetzt wie ausgestorben. Es schien, als hätten sich die Leute verabredet, getuschellos aufzutreten und keine zu sprechen. Das Schloß lag öde und verlassen da, allein daran war man ja längst gewöhnt. Nur die Totenstille, welche über der Wohnung des Vermalters und dem „alten Häuschen“ lagerte, drückte jedermann unheimlich. Selbst in der Webers, wo es sonst immer so laut zung, war es plötzlich massenhaft geworden.

Nach einem Monat kehrten Trubizko, Cateria Jegorowa und Euboyta nach Berezopole zurück. Man vermehrte sie mit Fragen zu beunruhigen, doch Katar Katarowitch antwortete in düsterer Tone:

„Mariat war noch eine Weile, und ihr werdet schon alles erfahren.“

III.
Die eigenen Träume der Fürstin Pauline Andrejewna hatten sich endlich erfüllt, verwirklicht. Es erledigte sich alles so einfach, daß sie sich selbst darüber wunderte. Doch sie vergaß dabei, wie ungemessen viel große Willenskraft vermag. Sie wollte ihr Gemüth keineswegs betragen oder sich verhehlen, daß sie, ohne es zu wollen, die Schuld am Tode ihres Veters trag; denn durch ihre Heiratungsweise war der zweite Schlaganfall des Vaters herbeigeführt worden. Sie

Frau Willem Mitglied der Partei, an deren Vereinstreffen sie sich reger beteiligte und die sie auch mit materiellen Mitteln reichlich unterstützte. Darüber hinaus zeigte sich Frau Willem vornehmenden Genossen gegenüber außerordentlich hilfsbereit und hat zahllose Familien aus ihren Mitteln unterstützt. Genossin Willem war eine Tochter der Herzogin Mathilde von Württemberg und wurde wegen ihrer Heirat mit dem bürgerlichen Arzt Dr. Willem aus ihrer Familie ausgeschlossen. Ihre Vergeltung bestand darin, daß sie sich dem Kampfe der Entertien anschloß und ihm bis zum Lebensende treubleib. Am Donnerstagabend wurde der Verstorbenen in einer großen Frauenversammlung, in der Genossin Adelheid Popp und Genossin Louise Bieg sprachen, ein sympathischer Nachruf gewidmet.

Die internationale Ausstellung für Brauereiwesen und Graphik (Ungar) in Leipzig wird am 6. Mai eröffnet werden. Unter den Ausstellern befindet sich auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die ihre Presse und ihre wissenschaftliche Literatur ausstellt. In einer großen Halle sollen die Tages- und Wochenblätter ausgehängt und fortlaufend ausgewechselt werden. Die Bücher-Literatur wird in Schränken und Vitrinen ausgestellt, ein besonderer Schrank enthält die ältesten Zeitungen der Partei auf. Das Klüßere und Finere sozialdemokratischer Druckereien werden künstlerisch ausgeführte Diapositive zeigen. Werden die ausgestellten Bücher der Leistungsfähigkeit unserer Druckereien das beste Zeugnis ausstellen, so sollen besondere Abzidenarbeiten anschaulich machen, was auch auf dem Gebiete des Abzidenfahrens und Kunstdruckes in unseren Druckereien geleistet wird. Graphische Darstellungen unterrichten über den Abonnementstand der Parteipresse, ihre Einnahmen und Ausgaben, geben Zahl des Personals und der Maschinen an und dergl. mehr. In einem 16 Seiten starken Heftchen wird die Entwicklung und Bedeutung unserer Presse geschildert. Eine andere Schrift dient als Wegweiser in der ausgestellten wissenschaftlichen Literatur. Beide Hefte, die sich in geschmackvollem Umschlag präsentieren, sollen allen Ausstellungsbesuchern unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Aus der Jugendbewegung.

Der Volksempfang gegen die Jugend. Nachdem die Düsseldorfener Polizei am zweiten Osterfesttag zwei Versammlungen der Jugend unmöglich gemacht hatte, sollte am vergangenen Donnerstag Redakteur Söllmann-Röhl in einer Zusammenkunft der Jugend über die Gefahren des Alkohols sprechen. Der Polizei-Inspektor verbot nicht nur diesen Vortrag, sondern auch das Spielen und Singen, weil alles, was von dieser Seite unternommen werde, das Endziel verfolgen, der Sozialdemokratie neue Anhänger zuzuführen. Mehrere hundert Jugendblinde, die aus dem Saal gemiesen worden waren, versammelten sich im Hofe und auf der Straße, um dann wieder in den Saal zurückzuströmen, wo sie sich bei Klavierporträgen vergnügten. Der Polizei-Inspektor hatte mit dem Leiter der Zusammenkunft erregte Auseinandersetzungen, bis schließlich am späten Abend die Teilnehmer resultatlos auseinander gingen.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Urteil gegen Bischof Koppes. Bischof Koppes wurde vom Zuchtpolizeigericht in Luxemburg wegen Verleumdung von 21 liberalen und sozialistischen Abgeordneten, Mitgliedern der luxemburgischen Kammer, zu einer Geldstrafe von 200 Francs und zur Zahlung von 200 Francs Schadenersatz an jeden der 21 Kläger verurteilt. Die Angeklagten des Bischofs auf dem deutschen Katholikentag, die durch die Beweiserhebung erwiesen seien, zügelten alle Merkmale der Verleumdung. — Bischof Koppes legte gegen das Urteil Berufung ein.

Aus Nah und Fern.

Krieg im Frieden. Bei dem Prüfungsschießen der Maschinengewehrkompanie des Infanterieregiments Nr. 126 im Lager von Bitch geriet der Kommandeur des dritten Bataillons, Major Ströblin, aus Versehen in die Schußlinie eines rückwärts gestaffelten Maschinengewehrs. Ein Schuß durchschlug dem Offizier das rechte Bein unterhalb der Kniekehle. Der Verletzte erhielt sofort auf dem Schießfeld ärztliche Hilfe und wurde nach Straßburg gebracht.

Noch eine Bauernrebellion gegen die Kirche. In der Bauernrevolte in der Merikalen Eifel, die durch einen Konflikt mit den kirchlichen Behörden verursacht wurde und zum Austritt von 68 Bauern aus der katholischen Kirche führte, hat sich soeben eine ähnliche auf dem evangelischen Hunsrück geltend gemacht. Hier steht das Dorf Medenbach im Mittelpunkt eines Pfarrhausstreites. Ende voriger Woche sprach sich eine sehr stark besuchte Bürgerversammlung einstimmig dafür aus, aus der evangelischen Landeskirche auszutreten. Es wurden folgende Gründe angeführt: „Wir lassen es uns keineswegs gefallen, daß in unserer Gemeinde ein neues Pfarrhaus zwangsweise erbaut werden soll, wie es die Koblenzer Regierung verlangt. Eine Gemeinde von 350 Seelen darf nicht gezwungen werden, über 13 000 Mark ohne Nacharbeiten zum Neubau aufzubringen; es geht auch nicht an, daß der Nachbarort Hoffstein den Pfarrer wählt und wir allein für die Wohnung sorgen sollen. Zieht die Regierung ihre Forderung nicht zurück, dann kommt unser Beschluß auf Kirchenaustritt sofort zur Ausführung.“

Raubüberfall im Pfarrhaus. Auf den 70jährigen katholischen Pfarrer Kerthoff in dem westfälischen Ort Nordkirchen ist ein Raubüberfall verübt worden. Er sah nachts in seinem Studierzimmer, als zwei Männer mit geschwägten Gesichtern hereintraten und die Herausgabe aller privaten und kirchengerhörten verlangten. Der Pfarrer weigerte sich, und es kam zu einem Kampf, bei dem der Pfarrer überwältigt wurde. Die Räuber hielten ihm zwei Revolver vor die Brust, und jetzt gab Kerthoff 50 Mark heraus. Außerdem wurde ihm seine goldene Uhr entzogen. Inzwischen hatte die Haushälterin aus einem benachbarten Bauernhaus Hilfe requiriert. Der Nachbar bewaffnete sich mit einem Beil und kam in dem Augenblick ins Pfarrhaus, als die Räuber fliehen wollten. Er wurde durch zwei Revolverhüßle kampfunfähig gemacht; die Räuber entkamen unerkannt.

Liebesdrama. In Saarbrücken erdolchte ein Inspektor der Weker Wagh- und Schließgesellschaft eine Kellnerin namens Gise Maul. Er wurde von Polizisten verfolgt und ertränkte sich in der Saar.

Opfer der Arbeit. In Leimbach bei Pettsstadt sind in einem Neubau der Rheinischen Dynamitfabrik vier Maurer und drei Steinseher bei einem Brand

getötet worden. Sie hatten sich in der Mittagspause zum Schlafen niedergelegt und sind im Rauch erstickt. Der Brand ist angeblich durch eine weggeworfene Zigarette entstanden.

Ein Gendarm von einem Einbrecher erschossen. Am Freitag wurde der unverheiratete Gendarm K. H. Ling bei der Station Rheingabern (Wald), als er den fleckbroschlich verpackten Einbrecher Paul verhaften wollte, erschossen. Der Gendarm hatte nach die Kraft, dem Einbrecher einen Tiefschlag zu versetzen. Der Mörder floh in den nahen Wald.

Die gestohlenen Torpedoboote. Wie aus Toulon (Frankreich) gemeldet wird, sind zwei als Zerstörer ausgerichtete Torpedoboote spurlos verschwunden. Das eine dieser Torpedoboote war kürzlich zwanzig Meter tief gesunken. In Toulon hat die Angelegenheit großes Aufsehen erregt, und man behauptet geradezu, daß die beiden Torpedoboote gestohlen worden seien. „Petit Parisien“ gibt folgende Einzelheiten: Im Verlauf von Torpedoboote-Manövern, die vor einigen Wochen stattfanden, stieß das Torpedoboot „174“ auf ein Riff und sank. Die Manöver wurden daraufhin sofort abgebrochen, und die ganze Torpedoboote-Flottille kehrte nach Toulon zurück, mit Ausnahme des Torpedobootes „Saigne“, das in dem kleinen Hafen von Port-Polhuau verankert war. Die Mannschaft des Schiffes wurde beauftragt, die Hebungsarbeiten des gesunkenen Torpedobootes vorzunehmen, doch mußte diese vor einiger Zeit, da die Mannschaften anderweitig verwendet werden sollten, unterbrochen werden. Als nun die Arbeiten wieder aufgenommen werden sollten, konstatierte man zur allgemeinen Ueberraschung, daß das Torpedoboot „Saigne“ aus dem Hafen von Port-Polhuau verschwunden war. Nach größerer War die Hebermaschine, als man zu der Stelle fuhr, an der das Torpedoboot „174“ 25 Meter unter dem Wasserspiegel gelegen hatte, jetzt aber ebenfalls spurlos verschwunden war. Den unbekannteren Lärm dieses phantastischen Diebstahls war es geglikt, mit Hilfe der staatlichen Hebermaschine das Boot, an die Meeresoberfläche zu bringen und mit beiden Schiffen abzugleichen. Nach neueren Meldungen hat man festgestellt, daß das Torpedoboot „174“, das als Zerstörer beirigt wurde, sich noch an der selben Stelle befindet, wo es vor einiger Zeit gesunken war. Das andere Torpedoboot „Saigne“, soll die Interetten gebrochen haben, von einem ausländischen Schiff ins Schlepptau genommen und nach Italien gebracht worden sein.

Militärrevolte in einem österreichischen Infanterieregiment. Aus Klagenfurt wird berichtet, daß dort neunzehn Soldaten der 6. Kompanie des zurzeit aus Etowenen bestehenden 17. Infanterieregiments zu insgesamt 45 Jahren und 9 Monaten schweren Kerkers verurteilt worden sind. Die Verurteilten sollen in der Trunkenheit grobe Exzesse verübt haben, die als Meuterei und gemeinsame Aufrührung angesehen wurden. Die ganze 6. Kompanie wurde aufgelöst und aus Mannschaften der übrigen Kompanien des Regiments neu zusammengesetzt. Näheres über die angeblichen schweren Verfehlungen der so hart Verurteilten ist bisher nicht bekannt geworden.

Flieger-Schicksal. Wie aus Turin gemeldet wird, ist der italienische Leutnant Napoli während eines Fluges mit einem Passagier über dem Flugplatz von Mirafiori abgestürzt. Der Leutnant und sein Fluggast sind tot.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Sieckma. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Achtung! Man verlange beim Einkauf ausdrücklich **MAGGI'S Suppen-Würfel** Schutzmarke Kreuzstern. Andere Suppenwürfel stammen nicht von MAGGI. „MAGGI's gute, sparsame Küche.“

Bekanntmachung. Mit dem 1. Mai d. J. wird für die Dörfer Klein-Zimmendorf und Zimmendorferstrand eine Melde- und Zahlstelle zu Zimmendorferstrand errichtet. (3425) Zum Meldestellenverwalter ist der Privatmann Fr. Voss, dortselbst bestellt. (3425) Gucin, den 24. April 1914. Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für das Fürstentum Lübeck.

Verkauf lebender Bunt vom Boof aus (3411) am Montag, dem 27. April vormittags von 8 Uhr ab an der **Hofstenbrücke.**

Freitag, den 24. April, morgens, starb plötzlich und unerwartet meine liebe Frau und treusorgende Mutter **Natalie Schwoor** geb. Elmquist, tiefbetrauert von ihrem Gatten, ihren Kindern und Angehörigen. Dieses zeigen tiefbetrauert an **H. Schwoor** und Kinder, L. Breithaupt nebst Frau geb. Elmquist, Hugo Breithaupt, Hermann Breithaupt, Paula Breithaupt, Martha Breithaupt und Geschwister. Beerdigung am Dienstag, dem 28. April, nachm. 2 Uhr, auf dem Dorfmetzer Friedhof. (3428)

Dankagung. Für erwiesene Teilnahme und reiche Kranzpenden beim Heimzuge meines lieben Mannes sage allen, insbesondere den Arbeitern und Arbeiterinnen der Norddeutschen Gärtnerei-Fabrik und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband meinen herzlichsten Dank. (3428) **Sophie Ramke, geb. Timm.**

Zum 1. Mai suche ich ein tüchtiges, jüngeres **Hausmädchen.** Frau **Klara Friedrichsen, Travemünde.** (3214)

Alleinmädchen. Gesucht zum 1. Mai ordentliches Mädchen für alle häusliche Arbeiten. 4 Personen. Event. auch Tagesmädchen. Zu melden (3402) Einfiedelstraße 50.

Plätterin sucht für jeden Mittwoch u. Donnerstag Stellung. (3408) **A. Klatt, Mittelstr. 26a.**

Zu sofort ein Hausdiener gesucht, 14-15 Jahre. (3414) Dorneistraße 7. Neue **Pfisch-Garnitur** für 85 Mk. (3430) La. Lohberg 53, part.

Gut erhalt. **Kinderwagen** auf Nickel mit Gummirifen zu verk. (3410) **Waisenhofstr. 6.**

Jünglings- und Jung. hellgrau, usw. Sportwagen (3 Mk.) zu verkaufen. (3407) **Georgstraße 19 b.**

Ein **Fahrrad** zu verkaufen. (3409) **F. Wellmer, Rabensbüsch Schulweg 2.**

Beddighrohwagen mit Säugblech und Bremse, gut erhalten, zu verkaufen. (3406) **Wattenhofstraße 20, 8. Stg.**

Ein **blauer Kinderwagen** auf Nickel 10 Mk., eine einschl. Bettstelle m. Matratze 10 Mk., **Küchenschiff** 4 Mk., zu verk. **Vormerk.** Bozenstraße 5a.

Günige **Zeiner Magnum-bon.** Kartoffeln billig zu verkaufen. (3435) **Ablerstr. 48 a, pt. I.**

2. lange Pfanzkartoffeln zu verkaufen. (3426) **Bülowsstraße 7, I.**

Zentral-Beerdigungs-Institut A. Brodersen Fernruf 1090. **Obere Aegidienstr. 7.** Fernruf 1090. Uebernahme von Erd- u. Feuer-Bestattung. Ueberfuhr von und nach auswärtig. Eigenes Fuhrwerk. Transport- u. Leichenwagen. (916)

7 **Zentner Kartoffeln** abzugeben. (3391) **Niederarube 77, I. I.**

8 Hühner zu verkaufen. (3405) **Rabensbüsch, Segedergasse 97.**

Junge u. alte **Kaninchen**, sowie **Meerschweinchen** und ein starkes **Fahrrad** zu verkaufen. (3421) **Weberstraße 19, I.**

Zu kaufen gesucht ein **kleines Haus**, 2-3 Familien, v. Mühlen. Angebote u. **K B 46** an die Exp. d. Bl. (3418)

Gefunden am vorigen Sonnabend ein **Portemonaie** mit Inhalt vor dem Mühlentor. (3424) **Kronsforder Allee 127, II.**

Hindrichs & Co., Johannisstr. 1. Spez.-Abteil. **Trauerkleidung** 3401

Sichere Existenz. Leute jeden Berufs werden in kurzer Zeit zum Chauffeur ausgebildet und erhalten danach Stellung gratis unter schriftlicher Garantie. Anfragen erb. die (3400) **Aut. Automobil-Zentrale, Leopoldshall-Sträßfurt.**

Pfisterjosef 48 Mk.
Pfistergarnituren 85 Mk.
Pfistergarnituren 95 Mk.
Pfistergarnituren 110 Mk.
Pfistergarnituren 125 Mk.
Pfistergarnituren 165 Mk.
Pfistergarnituren 210 Mk.
Tausende von Garnituren schon geliefert. **Billigste Wohnstraße 33.** Inhaber **Backmann.** (3072)

Reklame. Hausstand nur 375 Mk., auch einzeln, best. aus mod. Garnitur 90 Mk., Auszugstisch 18 Mk., Trumeau geschliffen 35 Mk., Vertiko reich geschliffen 65 Mk., 2 engl. Bettstellen mit Einl. 70 Mk., Waschtisch mit Marmorpl. u. Spiegel 24 Mk., 2 St. Kleiderchr. 45 Mk., Küchensch. m. Aufs. 25 Mk., Tisch 8 Mk., 2 Stühle 5 Mk. Fern. Büfett 125 Mk., Schreibe 65 Mk., Federst. Sofa 48 Mk. (3413) **Möbelhaus Jiltsche Wahnstraße 33. Nah. Kadmana.**

Plakate betr. Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Festhalten von Nahrungs- und Genussmitteln sind zum Preise von 30 Bfg. per Stück zu haben in der **Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.** Johannisstraße 46.

Willy Koch :: Zahntechniker :: Lübeck, Holstenstrasse 21.

Schillers Werke 3 Bände 4 Mk. **Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 46.

Goldene und silb. Uhren gut und billig. **L. S. Baruck, Wandlbergstr. 35.**

Spitzenwäsche

Stickereien, Gardinen, Waschseide sowie alle zarten Stoffe, die keine raue Behandlung beim Waschen vertragen, werden vollkommen rein, blendend weiss und wie neu durch

Persil das selbsttätige Waschmittel

wäscht von selbst, ohne Reiben und Bürsten, daher grösste Schonung des Gewebes. Bester Ersatz für Rasenbleiche.

Uebereff. erhältlich. Niemals loss, nur in Original-Paket.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der allbesten **Henkel's Bleich-Soda.**

Die besten



mit echten Platinstiften in geeigneten Fällen

Ganz. Gebiß, 28 Zähne 50 Mk.

Wenden Sie sich vertrauensvoll nach meinem Atelier!

300 Mt. Belohnung

denjenigen der mir nachweist daß ich höhere Preise als 1.50 Mt. pro Zahn mit Kautschukplatte fordere. Umarbeitung, nichtig. Gebisse. Umbildungen. Zähne ohne Gummipolier. Zahnziehen mit Brilleher 1 Mt. Befähigung 1 Mt.

Zahn-Praxis

Ernst Haus

Lübeck

Mühlenstraße 1-3, I. Sprechst. 10-12 u. 2-8 Uhr.

Freiw. Feuerwehr Schönböken.

12. Stiftungsfest

am Sonntag, dem 26. April 1914 im Saale des Kameraden Bettmann. Es ladet freundlich ein Der Vorstand.

Kaffeehaus Moising.

Sonntag: Freies Tanzkränzchen. H. Siemers.

Betten-Duve

Gasthof Genin

Sonntag, den 26. April: Gr. Tanzkränzchen

Es ladet freundlich ein H. Martens.

liefert bestens und billigst. 48 Gr. Burgstr. 32.

Käse-Lager Schlumacherstr. 12, Detail-Verkauf a. d. Diele. (2315)

Große Posten

Rahmkäse und Schweizerkäse

Pfund 60 Pfg.

Gewerkschaften Lübecks.

Sonntag, den 26. April 1914:

Großes Kinderfest

im Gewerkschaftshaus. Anfang 4 Uhr. Eintritt à Person 20 Pfg.

Abends ab 8 Uhr:

Großer BALL

für Erwachsene

Eintritt für Herrn und Dame 30 Pfg.

Programm für das Kinderfest,

welches in der Darbietung, sowie Aufmachung konkurrenzlos da steht und noch in keiner Stadt gezeigt worden ist. Deshalb versäume niemand, mit seinen Kindern dieses Fest zu besuchen. Sämtliche Kinder werden eingekleidet.

Begrüßung des Riesenstörches Jakob, Schneewittchen und die sieben Zwerge, Einzug des Königs und der Königin in ihrem Galawagen, Rotkäppchen und der Wolf, Dornröschen und der Prinz, Der Brand eines Bauernhauses, Gr. Pferde-Wettrennen, Großes Erntefest mit Festwagen und Festzug, Zum Schluß Laternen-Potomase u. vieles mehr.

3432 Das Komitee.

Lübecker gemeinnütziger Bauverein. e. G. m. b. H. Ordentliche

General-Versammlung

am Freitag, dem 8. Mai 1914 abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Bürgerverein, Königstraße 25.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Jahresrechnung und Bilanz, sowie Festsetzung des Gewinnanteils.
2. Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat.
3. Erhöhung der Anteile der Genossenschaft und Festsetzung der Geldmittel zur Erbauung neuer Häuser.
4. Bericht des Verbandsrevisors.
5. Verschiedenes.

Die Bilanz, sowie die den Gewinn und Verlust des Jahres zusammenstellende Berechnung (Jahresrechnung) sind im Geschäftszimmer, Königstraße 48 b, I, während der Büroarbeitsstunden zur Einsicht der Genossen ausgelegt. (3429)

Der Vorstand Charles Coleman, Vorsitzender Julius Kahn, Stellvertr. d. Vorsitz. F. Rissom, Kassensführer. L. Langenheim, Schriftführer. J. Körner.

Achtung! Kohlenarbeiter!

Versammlung

am Montag, dem 27. April abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zum 1. Mai.
2. Andere Verbandsangelegenheiten. (3428) Der Vorstand.

NB. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig. D. O.



Zu kulantem Zahlungs-Bedingungen.

Fahrräder

von 55⁰⁰ Mk. an (3419) empfiehlt

Heinr. Körner, Große Burgstr.

Billig! Schuhwaren Billig!

Herrn-Hütel, Boy... von 6.50 an
Damen-Hütel, mod. Form Lastl. v. 5.50
Damen-Hütel... von 4.00 an
Knecht-Hütel, 35-49, von 5.50 an
Kinder-Hütel, 27-30, 4.00
Kinder-Hütel, 31-35, 4.50
Braune Herren-, Damen- und Kinder-Hütel billig. (3412)

Partiewarenhaus Pfaffenstrasse 15.

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks empfehlen 47

Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik: Moisinger Ailee 60.

Am 7. Juni 1914 findet in Lübeck auf dem Platze hinter der Forsthalle ein Arbeiter-Sport-Fest statt.

Treff-

Konzerthaus „Flora“.

Morgen Sonntag:

Großes Tanzkränzchen.

3417

Anfang 4 Uhr.

Max Siems.

Ausperrungsandrohung in der Glasindustrie der Oberpfalz!

Zu den schlechtbezahltesten Arbeitern gehören unstreitig die Rohglaschleifer der Oberpfalz. Bei unermesslich langer, überaus anstrengender Arbeit ist der Lohn sehr gering.

Um eine Verbesserung dieser Arbeitsverhältnisse anzustreben, kündigte der Verband der Glasarbeiter den bestehenden Tarifvertrag; am 8. März war der Tarif aufgelaufen. Die Industriellen lehnten jede Verbesserung mit der Begründung ab, daß die Verhältnisse eine Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit nicht zulassen. Die Arbeiter wollten dann lieber tariflos weiter arbeiten. Doch die Industriellen gingen darauf nicht ein, sie verlangten ohne irgendwelche Aufbesserungen den alten Tarif auf drei Jahre verlängert. Als dies abgelehnt wurde, kündigten die Industriellen den Arbeitern zum 18. April. Damit aber nicht genug. Beim letzten Tarifabschluß waren den Arbeitern Teuerungszulagen gewährt, die sofort in Fortfall kommen sollten, wenn die Arbeiter den alten Tarif nicht bedingungslos unterschrieben. In dem Kündigungsbescheid heißt es ausdrücklich: „Die Industriellen sind bereit, die seither an Schleifer und Polierer gewährten Teuerungszulagen noch bis zum 23. März weiter zu bezahlen, diese aber kommen vom 23. März in Wegfall, wenn nicht bis zu diesem Termin mit den Organisationen der Tarifverträge in seitheriger Weise auf die Dauer von mindestens drei Jahren verlängert ist. Bei Nichtverlängerung des Tarifvertrages werden die Werke ab 18. April zugestellt.“

Eine Konferenz der Rohglaschleifer wandte sich entschieden gegen das Vorgehen der Industriellen. Es wurde dabei mitgeteilt, daß der bestehende Tarif auch dann nicht verlängert wird, wenn vorläufig noch ein weiteres Unrecht an den Arbeitern vollzogen würde. Das Vorgehen der Industriellen erhält sich die Öffentlichkeit erst dann seine richtige Beleuchtung, wenn man weiß, daß die in Frage kommenden Arbeiter eine tägliche Arbeitszeit von 16 bis 18 Stunden haben und der Durchschnittsverdienst für die Stunde 15 Pf. kaum übersteigen dürfte. Die Arbeiter können auch nur existieren, wenn die Frauen in den Betrieben mit beschäftigt sind.

Wie erbärmlich die Zustände in den Rohglaschleifereien sind, darüber berichtet ein Herr Dr. Berlin, der Sohn eines Spiegelglasindustriellen, in seiner Doktorarbeit. Es heißt darin über den Gesundheitszustand der Arbeiter: „Auf die feuchten Arbeitsräume ist es wohl auch zurückzuführen, daß Rheumatismus eine Hauptberufskrankheit der Schleifer ist. Bronchitis und Kehlkopfkatarrhe, Rheumatismus der Gelenke und Muskeln, sind bei diesen Arbeitern häufig und auf das viele Arbeiten mit Wasser, den Aufenthalt in feuchten, im Winter mangelhaft erwärmten Lokalen zurückzuführen. Schnittwunden an den Händen und Fingern, seltener an den Füßen, entstehen vielfach beim Handieren mit Glas. Quetschungen und Brüche durch schweres Heben von Risten, durch die Abnahme des Glasstückes bei Schleifapparaten, sowie durch Hin- und Herrücken der Schleifstücke. Die Hauptursache ist aber wohl im Heben der schweren Obersteine zu suchen.“ Ueber die Arbeitszeit schreibt Herr Dr. Berlin: „Die Arbeitsdauer ist nicht einheitlich festgesetzt. Doch kann man sagen, daß sie ungefähr von morgens 4 Uhr bis abends 8 Uhr dauert, wobei, wie erwähnt, etwa 7 Stunden Meißel und Gefelle gemeinschaftlich beschäftigt sind. Der Schleifergeselle hat bedeutend länger zu arbeiten. Die ununterbrochene Ruhe für den Arbeiter beträgt höchstens 8 Stunden, doch kommen noch längere Arbeitszeiten vor.“ Es erübrigt sich, diesen überaus treffenden Ausführungen auch nur ein Wort hinzuzusetzen. Bemerkenswert ist nur, daß Herr Dr. Berlin in seiner sonst vorzüglichen Schrift kein Wort über die Gewinne der Industriellen sagt. Diese überaus rückständige Industrie, an der jeder Fortschritt in technischer und sozialer Beziehung spurlos vorübergegangen ist, hat geradezu fabelhafte Gewinne für Poliermeister, Werkmeister und Industrielle abgeworfen. Aus ganz kleinen Verhältnissen heraus haben es die Herren zu einem nicht unbedeutenden Wohlstand gebracht, die Mehrzahl der Herren sind Millionäre. Krasser sind die Gegensätze nirgends zu finden. Ungeheure Armut bei den Arbeitern — Millionenvermögen bei den Industriellen.

Die Unternehmer haben jetzt an die Betriebsleiter folgenden Schreiben gerichtet:

„Vertraulich.“

P. P.

Angeichts der demnächst stattfindenden Verhandlungen betr. Erneuerung des Lohn tariffs wäre es für uns von Interesse, zu erfahren, welche Arbeiter zum christlichen Verband, welche zum sozialdemokratischen Verband und welche nicht organisiert sind.

Wir möchten Sie daher bitten, uns umgehend eine möglichst genaue und den Tatsachen entsprechende Aufstellung einzusenden, bitten die Angelegenheit aber streng vertraulich zu behandeln.“

In einem weiteren Schreiben heißt es dann: „Wir bitten Sie, uns die sämtlichen bei Ihnen beschäftigten Arbeiter namentlich aufzuführen, mit dem gleichzeitigen Vermerk, ob die betreffenden organisiert sind, bei welcher Organisation und seit wann. Wie Sie wissen, handelt es sich darum, welche Leute eventuell für eine Entschädigung in Betracht kommen, wenn es die Organisationen aufs äußerste ankommen lassen und die Werke ab 18. April zur Stilllegung kommen müssen.“

Die Herren wollen also durch ein ausgeklügeltes Spitzelsystem erfahren, wie es mit dem Organisationsverhältnis der Arbeiter beschaffen ist, um diese dann um so leichter niederzuzwingen. Allen Anschein nach wollen sie Gelbe züchten, denn sonst wäre die Frage nicht zu verstehen, wieviel Arbeiter unorganisiert sind, um festzustellen, für wen eventuell Entschädigung in Betracht kommt. Die Frage, wieviel Arbeiter christlich organisiert sind, kann erst recht verstanden werden, wenn die Öffentlichkeit erfährt, daß der christliche Keramarbeiterverband den Tarif nicht gekündigt hat, und die wenigen Mitglieder jenes Verbandes unter dem bestehenden Tarif bedingungslos drei Jahre weiter arbeiten wollen. Unorganisierte, Gelbe und Christliche finden wir im trauten Verein beisammen.

Die Forderungen, die der Zentralverband der Glasarbeiter aufgestellt hat, bewegen sich in bescheidenen Grenzen, und wenn die Herren nur ein klein wenig Gefühl für die elende Lage der Arbeiter besitzen würden, wären sie leicht zu erfüllen. Die Lohnforderungen betragen 2 1/2 bis 10 % und sind so geregelt, daß vor allen Dingen die am schlechtesten bezahlten Arbeiter die größten Forderungen stellen. Dringend wird von den Arbeitern eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert.

Den Industriellen scheint die Situation doch unangenehm zu werden. In letzter Stunde hat das Einigungsamt

der Stadt Fürth in Bayern eingegriffen. Die Industriellen haben ihren Sitz in Fürth. Am Freitag, dem 17. April, fanden Besprechungen mit dem Gewerbegerichtsvorsitzenden Magistratsassessor Schwelting in Fürth statt. Die Industriellen erklärten sich bereit, vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu erscheinen und die angebotene Ausperrung vorläufig zurückzuziehen. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich am 29. April in Fürth beginnen. Dort wird sich zeigen, ob die Industriellen doch noch zu einer Ausperrung greifen, oder aber den berechtigten, leicht erfüllbaren Wünschen der Arbeiter entsprechen wollen. Es darf aber jetzt schon gesagt werden: Sind die Herren zu Entgegenkommen nicht bereit, dann lehnen es die Arbeiter ab, einen weiteren Tarif abzuschließen und sich auf drei Jahre zu binden; die Arbeiter werden auch vor einer Ausperrung nicht zurückschrecken.

Der soziale Streit jener Arbeiterklasse ist erst zu verstehen, wenn man in Erwägung zieht, daß die Rohglaschleifereien der Oberpfalz in den rückständigsten und entlegensten Gegenden sich befinden. Das Zentrum hat in diesem Bezirk seine festesten Domänen, aber auch niemals haben die Herren von der Zentrumsparlei auch nur ein Wort für die Arbeiter in diesem Bezirk gesprochen. Nur langsam begreifen die Arbeiter, daß ihre Interessen in der freien Gewerkschaft wirksam vertreten werden.

Gemeinschaftsbewegung.

„Streikergasse“ in der Schweiz. Von Genf aus wird der deutschen bürgerlichen Presse telegraphiert, daß die streikenden Tunnelarbeiter beim Bau des zweiten Simplontunnels Sprengminen über die von den Ingenieuren bewohnten Häuser legten und 10 000 Kubikmeter Felsen absprenkten, um die Gebäude kürzer zu gefährden. — Diese Nachricht ist von A bis Z erfolgt. Das Gebirge über den Ingenieurhäusern ist verwitert und seit Beginn der Schneeschmelze erfolgen fast täglich Felsstürze, die von dem darüber liegenden Wäldchen aufgehalten werden. Wenn die Situation für die Herren Ingenieure und Direktoren anfängt, unheimlich zu werden, so nur deshalb, weil die streikenden Arbeiter sich selbstverständlich weigern, die in der engen Felschlucht alltäglich notwendig werdenden Aufräumungsarbeiten zu tun. Von Dynamitpregnungen kann keine Rede sein. Es ist festgestellt, daß die Streikenden von der Leitung der Bauten durch Provokation und wochenlanges Hinhalten gereizt wurden. Die Bauleitung ist die schweizerische Bundesbahn, d. h. unsere eidgenössische Staatsbahn. Das Streikgebiet liegt aber beim Südausgang des Tunnels auf italienischem Boden.

Soziales.

Die Annahme der Nerzte kennt fast keine Grenzen mehr. Die Dresdener Ortskrankenkasse hat vor kurzem in ihrem neuen Verwaltungsgebäude eine Zahnklinik für ihre Mitglieder eröffnet. Mit dieser Klinik hat die Kasse eine vorbildliche Einrichtung geschaffen. Aber gerade diese vorbildliche Einrichtung scheint den Nerzten nicht zu gefallen. Der ärztliche Bezirksverein in Dresden hat in einer Versammlung vom 21. April dem Verträge, den die Dresdener Ortskrankenkasse mit dem Leiter ihrer Zahnklinik, Dr. med. Richter, abgeschlossen hat, die Zustimmung verweigert. Wie aus dem Referat darüber hervorgeht, will der Bezirksverein die feste Anstellung von Nerzten auch an leitenden Stellen ein für allemal verhindern. Wenn es nach dem Willen des ärztlichen Bezirksvereins ginge, müßte also die Zahnklinik wieder geschlossen werden und auch das medizinische Bad, das die Kasse einrichtet, ohne ärztliche Beaufsichtigung bleiben. Daß mit diesem Beschluß der ärztliche Bezirksverein seine Befugnisse weit überschritten hat, ist klar. Der Beschluß wird deshalb angefochten. Der Konflikt ist also da, die Verantwortung trägt die ärztliche Führer, die wirtschaftliche Folge aber die Nerzte, die gern für die Kasse tätig sein wollen.

Die Hebammen auf Dunauegen. Vor einiger Zeit erklärte Geheimrat Prof. Dr. Winter-Königsberg, in Ostpreußen würde nahezu die Hälfte aller Geburten nicht von ausgebildeten Hebammen, sondern von Pflügerinnen besorgt. Das sein ein Schandfleck für die Provinz. Auch jetzt sind die Zustände nicht viel besser. Der Agrarier stellt vielfach den Arbeitern kein Fährwerk zum Holen einer Hebamme zur Verfügung, und es müssen alle Frauen die Geburtshilfe leisten, wobei so manche Arbeiterfrau im Wochenbett ihr Leben lassen muß. Aber auch, wo sich der Junter herbeiläßt, einen Wagen zur Verfügung zu stellen, sind die Zustände meist unhaltbar, was in einer Verammlung der Hebammen eines Kreises in Ostpreußen zum Ausdruck gekommen ist. Die Hebammen haben hier Klage geführt, daß sie oft auf Wagen abgeholt würden, die sich in mangelhaftem Zustande befänden. Sogar auf Dunauegen seien die Hebammen zu den Wohnungen der Pflügerinnen gebracht worden. Der Kreisarzt hat den Hebammen geschrieen, wenn sie sich in solchen Fällen weigern würden, dem an sie ergangenen Rufe Folge zu leisten, würde das mit den gesetzlichen Bestimmungen in Uebereinstimmung stehen. Der Landrat hat sich in einer Verfügung an die Guts- und Gemeindevorsteher dieser Anschauung angeschlossen, und erklärt, es leuchte ohne weiteres ein, daß ein Aufenthalt der Hebammen auf einem derart unsauberen Gefährt den Anforderungen widerspreche, die im Interesse der Reinlichkeit und Gesundheit gestellt werden müßten. So sehen die Zustände in den Domänen der Junter aus, die von der agrarischen Presse in der Regel als ein Jungbrunnen für die ganze Bevölkerung gepriesen werden.

Von der gefüllten Kompottschüssel der Landarbeiter. We traurig es armen aufgeriebenen Landarbeitern geht, beweist folgender Fall: In dem Orte Marienruppen (Kreis Raguit) wohnt der 49 Jahre alte Landarbeiter W. P. Der Mann ist vollständig erwerbsunfähig. Im Februar 1913 stellte er den Antrag auf Bewilligung der Invalidenrente. Anfang April 1913 wurde er zur Beobachtung auf acht Tage nach einem Königsberger Krankenhaus gebracht. Hier wurde ihm, da er an einer äußerst schweren Magenkrankheit leidet, der Magen ausgepumpt. Außerdem hat P. ein schweres Bruchleiden, das er sich in Dienste der Agrarier zugezogen hat. Dann leidet er noch an Schwindelanfällen. Trotz dieser Gebrechen wurde sein Antrag auf Bewilligung einer Invalidenrente abgelehnt und auch das Schiedsgericht in Gumbinnen wies ihn ab. Seit Herbst 1913 liegt er fest zu Bett; im November 1913 starb ihm ein Kind; um es unter die Erde zu bringen, mußte er sein Schweinchen verkaufen. Auch seine Frau ist aufgearbeitet. Sie hat stets bei den Bauern gearbeitet, und um etwas zu verdienen, reißt sie Federn. Für ein Pfund gibt es 10 Pf. Und um diese 40 Pf. zu verdienen, muß die Frau zwei Tage arbeiten. Die Leute sind vollständig mittellos und sie würden ver-

hungern, wenn nicht mitleidige Nachbarn und Verwandte sie notdürftig unterstützen würden. Inzwischen hat der kranke Mann abermals die Gewährung einer Invalidenrente beantragt, und er kann Monate, ja Jahre in seinem grenzenlosen Elend verharren, bis er einige Pfennige bekommt. Das ist die „gestrichelte Existenz“ der Arbeiter bis ins hohe Alter“ im Paradies der Agrarier.

Aus der Jugendbewegung.

Förderung der bürgerlichen Jugendbewegung. Der Dresdener Stadtrat hat als erste deutsche Kommunalbehörde eine sogenannte Sport-Kommission gebildet, die alle der körperlichen „Ertüchtigung“ der Jugend dienenden Bestrebungen prüfen und organisieren soll. Die Erfahrungen, die über das Verhalten des Dresdener Stadtrats den Arbeiter-Turnvereinen gegenüber vorliegen, stützen die Vermutung, daß unter dem Wörtchen „alle“ nur die bürgerlichen Bemühungen um die heranwachsende Jugend verstanden werden, die mitunter Anwendung öffentlicher, von der Allgemeinheit aufgebracht Mittel noch eine besondere Förderung erfahren sollen. Wenn diese Vermutung zutrifft, so wird dieses Gegenstück zu der Drangsalterung der Arbeiter-Turnvereine und der freien Jugendbewegung durch die damit erzielte Aufklärung über den arbeiterfeindlichen Zweck der bürgerlich-behördlichen Jugendpflege auch uns ungewollte gute Dienste leisten.

Aus dem Gerichtssaal.

Adoptionschwindel vor Gericht. Vor der Strafkammer in Frankfurt a. M. hatten sich am 22. April der 55jährige Eisenbahnsekretär a. D. Leitner und seine Frau wegen Adoptionschwindeln zu verantworten. Die Angeklagten haben in mehreren Fällen auf Grund von Annoncen Kinder im zartesten Alter an Kindesstatt angenommen und kurze Zeit darauf wieder ausgesetzt. Die Strafkammer verurteilte Leitner zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus, seine Frau zu 2 Jahren Zuchthaus und beide zu 10 Jahren Ehrverlust.

Nach eine Bürgermeister-Witze. Mit einer interessanten Offizialklage hatte sich in zwei Sitzungen das Schöffengericht in Offenbach a. M. zu beschäftigen. Der frühere Gemeinderat Weber in Heusenstamm (Zentrum) hatte auf ihm gemachte Mitteilungen hin eine Eingabe an das Kreisamt gerichtet, in der er dem derzeitigen Bürgermeister Kemmerer die moralische Qualifikation zur Bekleidung dieses Ehrenamtes absprach, und dies damit begründete, daß der Bürgermeister in seiner Dienstzeit zu Frauen in unerlaubte Beziehungen getreten sei. Da auf seine Eingabe der Erfolg ausblieb, und die Wiederwahl vor der Tür stand, wiederholte er seine Anklagen in einem offenen Flugblatt, in dem er den wieder aufgestellten Kandidaten angriff und dabei den Ausdruck „Lumpenkerl“ gebrauchte. Die Behörde erhob nunmehr Offizialklage gegen Weber, die an zwei Tagen das Gericht beschäftigte. 23 Zeugenvernehmungen fanden statt. Die Befundungen galten gemeist der Feststellung, ob die Beziehungen während der Arbeitszeit oder früher stattfanden. Die daran beteiligte Arbeiterfrau A. sagte bei ihren Vernehmungen verschoben aus, verübte aber vor einigen Wochen Selbstmord und das aus Angst und Scham. Nach der Beweisaufnahme beantragte der Anwalt drei Monate Gefängnis. Der Anklagevertreter nahm den Standpunkt ein, daß an den Beschuldigungen kein wahres Wort sei. Das Urteil lautete aber entgegengesetzt. Aus der Beweisaufnahme zog das Gericht den Schluß, daß der Bürgermeister in seinem Amtsraum die Dinge vorgenommen habe, die ihm nachgesagt wurden, und daß er nicht würdig sei, ein Amt als Bürgermeister zu führen. Das Gericht kam wegen des Ausdrucks „Lumpenkerl“ zur Verurteilung des Angeklagten zu 50 Mk. Geldstrafe und erkannte auf weitere 10 Mk. Strafe, weil das Flugblatt nicht den Anforderungen des Urbergesetzes entsprach. Dieser Dorfkanal hatte weitere Kreise gezogen. Der übergroße Teil der Heusenstammer Einwohnerschaft stand auf der Seite des Bürgermeisters. Eines schönen Tages war ein Haufe Demonstranten dem Gg. Weber sämtliche Fensterscheiben ein. Die Erbitterung gegen Weber war so groß, daß sich in Heusenstamm kein Handwerker fand, der ihm sein demoliertes Haus reparierte. Er mußte diese Arbeit von einem auswärtigen Meister machen lassen. In der Neujahrsnacht wiederholte sich das Spiel. Bei der Neujahrsfeier des deutschen Turnvereins hielt der Bürgermeister, der Mitglied des Vereins ist, unter dem Eindruck des Weberischen Flugblattes am 27. Dezember eine Rede gegen seine „Verleumder“. Die — allerdings unbeabsichtigte — Folge dieser Rede war, daß ein großer Haufe, meistens junge Leute, abermals das Haus von Weber demonstriert umlagerten und beschädigten. Die anwesenden Gendarmen waren machtlos. Gegen eine Anzahl dieser jungen Leute, die ermittelt wurden, ist Anklage wegen — Sachbeschädigung erhoben worden, die Verhandlung aber bis zur Beendigung der oben geschilderten Klage gegen Weber vertagt worden.

Aus Nah und Fern.

Der Kriegsveteran im Chamicegraben. Wieder hat ein alter Kriegsveteran ein erbärmliches, schmachliches Ende genommen. Auf der Landstraße bei Ingersheim i. G. fand man dieser Tage einen fremden Leichner. In seinem dürftigen Rock steckte die badiische Felddienstmedaille und die deutsche Kriegsbentmünze. Es stellte sich heraus, daß man einen aus dem Babilon kommenden Kriegsveteranen namens Leisinger vor sich hatte. Er hatte 1870 ruhmvoll mitgekämpft für des Reiches Herrlichkeit, dabei einen Arm eingebüßt und war nun kraftlos auf der Straße zusammengebrochen. Man schaffte ihn ins Krankenhaus, wo er an einer Lungenentzündung bald starb. Keine fürsorgliche Obrigkeit, die den Deutschen sonst eifrig zu bewachen pflegt, hatte sich seiner angenommen, noch nicht mal die dürftige gesetzliche Invalidenrente soll er bekommen haben. So gehen alte Kriegsteilnehmer am Hunger zugrunde, während für neue Rüstungen Milliarden ausgegeben werden. Freiwillig zog der junge Leisinger ins Feld, unfreiwillig starb der alte, verkrüppelte den Hungertod. Die das Schlachtfeld nur aus der Ferne beobachtet hatten, erhielten hohe Kriegsdotationen, die ihre Knochen haben zusammenstoßen lassen, bekommen mit Ach und Krach großen Ehrensold, und manche den nicht mal. Amtliche Dankbarkeit und Gerechtigkeit!

Die bayerische Regierung und die Arbeiterfänger. Die bayerische Regierung genehmigte den Festzug, den der

Kaiserliche Arbeiterjugendbund am Pfingsttag in München veranstalten will, unter der Bedingung, daß politische Kundgebungen dabei vermieden werden. Der scharfmacherischen Presse geht diese Genehmigung wider den Strich. So bemerkt die freikonserervative „Post“ unter der Stichmarke „Die Regierung auf dem Rückzuge vor der Sozialdemokratie“ zu der Notiz: „Damit hat die letzte Instanz bedauerlicher Weise in sozialistenfreundlichem Sinne entschieden und der Umsturzpartei einen billigen Triumph verschafft, der zu häßlichen Kommentaren in der genöthigten Presse Anlaß geben wird.“

Der „Bürgermeister“ von Köslin.

Zum Feierkasten gesungen von Krag.

Preußen, Deutsche, alle miteinander,
Hört die neuße Schwindelmordgeschichte
Von dem Doktor juris Alexander —
Dieses war er aber wirklich nicht!

Sondern vielmehr einen Heinrich Thormann,
Welcher des Betrugs verdächtig schien —
Eben diesen Heinrich erkor man
Sich als Bürgermeister von Köslin.

Zwarstern keine richtigen Papiere
Hatte dieses Individuum,
Doch er kannte die Beamtenschmiere
Und was sonst gehört so dran und drum.

Ebens war er led und unverstoren
Und ein wohigenachter junger Mann,
Und im strammen Osten auch geboren,
Wo kein Sozi noch nichts machen kann.

Publikum! o hör', was ich bemerke:
Tüchtig war der Mann, obgleich er stahl!
Alle Schreiberlei war seine Stärke,
Und politisch war er national.

Neuerst geübricht war er als Juriste.
Ja, direktemang Autorität!
Denn am besten nagelt diese Risse,
Wer im Grunde nicht davon versteht!

Doch in Preußen brauchste, lieber Junge,
Konnexion, sonst liegste einfach platt!

Dieses ist, daß ich es deutsch besunge,
Wenn man bessere Verwandte hat.

Darum dubelt hier auch meine Flöte,
Treu der Wahrheit bis ins späte Grab,
Von der imposanten Hochzeitfete,
Die sich Heinrich in Bromberg gab.

Nämlich keine bloß so vom Theater
Freite dieser höchst geliebte Sohn;
Eisenbahner war ihr braver Vater
Über oben von der Direktion!

Seht, nun konnt' es Heinrich nicht fehlen,
Wenn ihr recht Bescheid in Preußen wißt:
Soll man nicht zum Bürgermeister wählen,
Wer verwandt mit Präsidenten ist?!

Neuerst weise hatte man entschieden.
Die Kösliner waren froh wie nie.
Heinrich regierte sie in Frieden
Und genoh, so sagt man, Sympathie.

Mußte dieser so gewigte Bruder
Schließlich doch was jurchtbar Dummes tun?
Und ein Mädchen, solch ein armes Luder,
Um zwei lunnpe tausend Mark beschmuht?

Bloß durch dieses hat etwas gemorken
Selbst die preußische Staatsanwaltschaft.
Heinrich entpuppte sich als Schorken
Und nun sibt der Dr. jur. in Haft!

Ah! daß seine Zukunft nun versaut ist!
Daß er die Karriere sich verscherzt!
Denn er hätte, so wie er gebaut ist,
Schließlich Jagow noch vom Sich geherzt!

Weissenfels und Bromberg rufen Klage
Um dies hoffnungsvolle Menschenglied,
Und Köslin gedenkt der stolzen Tage...
Jenes „Hauptmanns“, wo in Köpenick...!

Geht nun in Euch alle miteinander,
Nehmet auch ein gutes Beispiel dran:
Dieser wahrhaft grobe Alexander
Hat gezeigt, was man in Preußen kann!
(„Vorwärts“.)

Literarisches.

Soeben ist im Verlag von J. H. W. Dietz, G. m. b. H. in Stuttgart erschienen: **Das Kapital**. Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx. Erstes Buch. Der Produktionsprozeß des Kapitals. Volksausgabe. Herausgegeben von Karl Rautsky. XLVIII u. 768 S. Preis broschiert 5,50 Mk., gebunden 6,50 Mk. Die Tatsache, daß die Marx'schen Werke vom 1. Januar 1914 an für den Nachdruck frei werden, ließ den Wunsch entstehen, die deutsche Sozialdemokratie möge diese Gelegenheit benutzen, das für die Arbeiterklasse wichtigste Werk ihres Meisters, den ersten Band des „Kapital“, dem proletarischen Leser leichter zugänglich zu machen. Karl Rautsky sagt in dem Vorwort zu der nunmehr vorliegenden Volksausgabe, daß ihn der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie aufgefordert habe, eine populäre Ausgabe des „Kapital“ zu veranstalten, und fährt dann fort: „Mir erschien es als eine Pflicht der Pietät gegenüber dem Manne, dem ich mehr als irgendeinem andern an Erkenntnis verdanke, dieser Aufforderung nachzukommen und damit meinen Anteil an der Herausgabe des Marx'schen Nachlasses abzuschließen.“ Außer der Beseitigung einer Menge störender Druckfehler haben in der Volksausgabe noch eine Reihe handschriftlicher Änderungen und Zusätze, die von Marx und Engels in ihren Handexemplaren selbst gemacht und in den bisherigen Auflagen nicht berücksichtigt worden sind, Aufnahme finden können. Ebenso sind durch Zugiffnahme der französischen Uebersetzung des „Kapital“ nützliche Verbesserungen, die besonders der leichteren Verständlichkeit zugute kommen, vorgenommen worden. Ferner sind Fremdwörter und vor allem Anglicismen soweit als möglich verdeutschelt worden, ohne die Eigenart und Kraft der Marx'schen Sprache aufzuheben. Als eine sehr willkommene Beigabe der Volksausgabe des „Kapital“ wird sich das 88 Seiten umfassende Register erweisen, das insbesondere den Redakteuren der Partei- und Gewerkschaftspresse sowie allen andern Praktikern des proletarischen Emanzipationskampfes als ein Hilfsmittel in der aufreibenden Tagesarbeit dienen wird. Die Volksausgabe des „Kapital“ wird sich bei allen, die bereits eine frühere Auflage des Buches besitzen, als überaus nützlich erweisen. Sie sollte in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: E. H. Schömann, Druck: Friedr. Meyer & Co.
Gesamt in Lübeck.

Adlershorst.

Jeden Sonntag: **Sanzkränzchen**

Schlutup.

Gasthof

„Zum weißen Schwan“

Inh. K. Böge.

Jeden Sonntag: **Sanzkränzchen**

Ohne Zuckern. H. Niere.

Walenis-Bellevue.

Sonntag, 26. April, um 2 Uhr:

Ansegeln

vom Segler-Klub „Hansa“.
Preisverteilung über 30 S Uhr.
Den nachmittags 4 Uhr an:

Freies Tanzkränzchen.

Um jede Beteiligung bitten (3403)
Segler-Klub „Hansa“, H. Fürbörger.



Vom 15. bis 30. April 1914:

Der schwarze Passagier
des neuesten Flieger-Sketch.

Adolf Ernest
Zauber-Künstler.

The 3 Calbas???

Margot et Jenny
mit ihren hochbegabten
elektrischen Darbietungen.

Hartenstein-Gastspiel
Goßlich geht bummeln

Originalburleske
von Paul Hartenstein.

Hartenstein in seiner Parade-
rolle als Götter-Exzessmodell.

Anfang an Wochentagen 5 1/2 Uhr.
375) Sonntags 8 Uhr.
Gewöhnliche Preise.

Vorverkauf bei Fr. Sager, Kohl-
markt, und Fr. Kugel, Markt.

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Wilhelm-Theater.

Jeden Sonntag: **Große Ballmusik.**

Weisser Engel

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**

Bernh. Boldt.

Friedrich-Franz-Halle.

Morgen Sonntag: **Tanzkränzchen**

Gewerkschaftshaus Lübeck

Johannisstraße 50-52.
Restaurant. ff. gepflegte Biere.

Mittagsmisch a 80 Pfennig, im Abonnement a 95 Pfennig.
Diners a 1 Mk. und höher.

Reichhaltige Speisekarte zu jeder Tageszeit.
C. Kluth, Vertr.

Waisen-Hof Tanz.

Sonabend u. Sonntag
Hansa-Halle. Tanz.

Jeden Sonntag:

Lichtspiele — Bad Schwartau.

Der wankende Glaube
3 Akte, mit Henry Porten in der Hauptrolle.

Der liebe Blendwerk
Großes Drama, 2 Akte. 3397

Kalnbergs Etablissement
Fledermaus
Varieté. — — — Kabarett.
Täglich 8 Uhr:
Lustige Künstler-Abende.
Interessant — Amüsant.
Wochentags Eintritt frei.
(Sonabend 20 Pf., Sonntag 30 Pf.)
Freitag:
Neues Programm.

Konzerthaus
Zauberflöte.
Täglich Konzert.
Ungarische Damen-
Tamburitza-Kapelle
„Sofie“ 7 Damen.
3 Herren.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntags Anfang 4 Uhr.
3302) Ludwig Kock.

Neues Stadttheater

Sonabend, den 25. April 1914:
Außer Sonn.-Abonn. Mittelpreis.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Shakespearefeler
bei feierlich erleuchtetem Saale:

König Heinrich IV.

Drama von William Shakespeare.
Schülerarten haben Giltigkeit.
Sonntag, den 26. April 1914:
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 6 Uhr.

Volksvorstellung:
Doktor Klaus.

Jeder Platz 50 Pf.
Verlosung der Plätze Sonabend
von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends an
der Theaterkasse. (3304)

Abends 8 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.
Der Bajazzo.

Musikdrama in 2 Akten und einem
Prolog von R. Leoncavallo.
Hierauf:

Coppelia.
Gr. phantastisches Ballett v. Delibes.
Große Preise.

Montag, den 27. April 1914:
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Die Maienkönigin.
Schäferspiel (Oper) in 1 Akt nach Gluck
Hierauf:
Coppelia.
Gr. phantastisches Ballett v. Delibes.
Mittel-Preise.